



**Parlamentarischer Untersuchungsausschuss II
gemäß Artikel 41 der Landesverfassung
Drucksache 14/9466 – Neudruck**

21. Sitzung (öffentlich)

4. Februar 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

8:00 Uhr bis 10:00 Uhr

17:30 Uhr bis 18:25 Uhr

Vorsitz: Thomas Kutschaty

Protokoll: Stefan Welter, Stefan Ernst, Gertrud Schröder-Djug, Karin Wirsdörfer, Uwe Scheidel, Christian Bochmann, Michael Roeßgen, Christoph Filla, Beate Mennekes, Rainer Klemann, Simona Roeßgen, Cornelia Patzschke, Wolfgang Wettengel, Jonas Decker, Eva-Maria Bartylla, Dr. Hildegard Müller (Federführung)

Hinweis:

„Protokolle über öffentliche Sitzungen eines Untersuchungsausschusses dürfen bis zum Abschluss der Untersuchung nur mit Genehmigung des Ausschusses eingesehen werden. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird und eine Beeinträchtigung der Untersuchung, insbesondere der Belange der Wahrheitsfindung, nicht zu befürchten ist“ (§ 9 Abs. 4 Sätze 1 und 2 Archivordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen).

Die Weitergabe der Protokolle außerhalb des berechtigten Personenkreises sowie die Veröffentlichung sind bis zu diesem Zeitpunkt unzulässig.

Verhandlungspunkte:

Vernehmung des Zeugen Dr. Harald Hans Friedrich

3

* * *

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie herzlich zur 21. Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Vernehmung des Zeugen Dr. Harald Hans Friedrich

Wir wollen heute die Vernehmung von Herrn Dr. Friedrich fortsetzen. Herr Dr. Friedrich, ich begrüße Sie und Herrn Rechtsanwalt Doelfs im Untersuchungsausschuss sehr herzlich.

Bevor wir mit der Vernehmung beginnen, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Bild- und Tonaufnahmen während der Sitzung nicht zulässig sind. Ich darf Sie daher bitten, Ihre Aufnahmen jetzt zu beenden.

Ferner sollen keine Personen im Raum sein, die zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls als weitere Zeugen in Betracht kommen.

Herr Dr. Friedrich, ich hatte Sie gestern schon belehrt und möchte noch einmal kurz auf Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge hinweisen. Sie müssen hier die Wahrheit sagen. Das heißt, Sie müssen vollständige und richtige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Falschaussagen sind strafbar und können mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Ferner sind Sie berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, durch deren wahrheitsgemäße Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Angehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden. Wenn dazu Fragen oder Beratungsbedarf Ihrerseits bestehen, können Sie sich selbstverständlich jederzeit mit Herrn Rechtsanwalt Doelfs darüber beraten.

Die Ihnen erteilte Aussagegenehmigung habe ich in der letzten Sitzung schon angesprochen. Zur Person gibt es von gestern bis heute wohl auch keine Änderungen, sodass wir die Vernehmung zur Sache fortsetzen können.

Ich merke aber, dass Herr Rechtsanwalt Doelfs etwas sagen möchte. Bitte schön.

RA Oliver Doelfs: Wenn es möglich wäre, würde mein Mandant gern noch eine Erklärung zur Sache abgeben wollen, insbesondere auch zu seiner gestrigen Aussage.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich denke, es besteht Einvernehmen im Ausschuss, dass wir zunächst so verfahren können. Zwar war Herr Kollege Rimmel mit dem Befragen dran, aber es ist sinnvoll, dass Herr Dr. Friedrich zunächst eine Erklärung abgibt. Bitte schön, Herr Dr. Friedrich, Sie haben das Wort.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete und Mitglieder des Ausschusses! Bitte gestatten Sie mir zu Beginn der

heutigen Vernehmung einige persönliche Worte. Das ist mir wichtig, damit Sie vielleicht einige meiner gestrigen Bemerkungen einordnen können.

Ich wollte nicht unhöflich sein, aber ich bin zurzeit sehr angespannt und bedrückt aufgrund meiner jetzigen Situation, die mittlerweile in das vierte Jahr geht. Einige meiner Antworten gestern waren in einer Art und Weise unpassend; ich bitte, dies zu entschuldigen.

Bevor ich Ihnen nun erneut Rede und Antwort stehe, möchte ich Ihnen meine derzeitige persönliche Situation schildern. Diese bestimmt zurzeit im Wesentlichen meinen Horizont und spielt natürlich bei einer solchen Vernehmung auch eine entscheidende Rolle.

Ich werde nun seit Anfang 2006 dienstlich und juristisch belangt. Dies empfinde ich als eine Verfolgung. Ich kam ahnungslos aus meinem Urlaub zurück und wurde ausgesperrt. Aufgrund von Vorwürfen, die ich nicht nachvollziehen konnte und nicht nachvollziehen kann, wurde ich wochenlang eingesperrt. Ich saß in Haft für Taten, die ich nicht begangen habe.

In den vergangenen Jahren wurde mein Innerstes nach außen gekehrt. Meine intimsten Dinge wurden in aller Öffentlichkeit ausgebreitet. Über mich wurden in allen Medien Unwahrheiten verbreitet. Nehmen Sie die Korruptionsvorwürfe oder die Vorwürfe der Bestechlichkeit. Ich und mein privates Umfeld sind intensiv abgehört und intensiv ausgespäht worden. Meine Frau, meine beruflichen Bekannten und Vertrauten, wir wurden angegriffen, wir wurden abgehört. Meine finanzielle Situation wurde peinlichst ausgewertet, und unser E-Mail-Verkehr wurde mitgelesen. Einige Leute, die das Pech hatten, mit mir zu arbeiten, wurden beschuldigt, Unrechtes getan zu haben. Ich bin öffentlich dargestellt worden als Kopf einer kriminellen Bande.

Alle diese Vorwürfe haben sich in Luft aufgelöst, aber die Folgen spüre ich Tag für Tag. Ich will hier nicht jammern. Ich bin in meiner beruflichen Existenz stark angeschlagen. Nach meiner Entlassung aus dem Umweltministerium habe ich ein privates Umweltbüro aufgebaut. Diese neue Existenz liegt in Trümmern. Ich habe Verständnis dafür, wenn das Zutrauen von potentiellen Auftraggebern zurzeit nur begrenzt vorhanden ist. Schlimmer noch ist: Selbst Neukunden, die ich gefunden habe, wurden in dem Verfahren verdächtigt, Kriminelles zu tun. Ich lebe in einer ständigen Wahrnehmung, erneut angegriffen zu werden und mich entschieden wehren zu müssen.

Dieser immense Druck erklärt hoffentlich einige meiner gestrigen Reaktionen. Ich lebe aufgrund der gemachten Erfahrungen unter der permanenten und leider selbstverständlichen Sorge, dass diese Verfolgung kein Ende nimmt. Noch immer weiß ich nicht, wann die letzten Vorwürfe gegen mich eingestellt werden oder ob nicht gar neue Vorwürfe konstruiert und erhoben werden. Es gibt deshalb den für mich nachvollziehbaren juristischen Rat, nichts zu sagen, andererseits aber mein Verlangen, endlich für Klarheit zu sorgen. Dies erklärt meine völlige Zurückhaltung in der ersten Vernehmung und auch meine gestrige und heutige Grundhaltung. Ich werde die Fragen, die mein juristischer Beistand entsprechend qualifiziert, nach bestem Wissen und Gewissen beantworten.

Eine letzte Bemerkung: In meiner zehnjährigen Arbeit im Umweltministerium war mein Streben und Antrieb von der sachlichen Basis getrieben, die Umweltstandards und Umweltqualität zu verbessern. Die mir übertragene Leitungsfunktion hatte es inne, dass ich letztendlich an vielen Stellen Entscheidungen treffen musste, die gewiss nicht jedem gefallen haben. Diese Entscheidungen waren aber rein sachlich und fachlich motiviert. Es war niemals meine Absicht und schon gar nicht mein Bestreben, andere Menschen und Mitarbeiter zu beeinträchtigen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herzlichen Dank, Herr Dr. Friedrich. – Ich schlage vor, dass wir an der Stelle fortfahren, an der wir gestern aufgehört haben. Wir waren bei der Frage des Kollegen Remmel nach dem Inhalt des entlastenden Schriftsatzes von Rechtsanwalt Wille im Arbeitsgerichtsprozess. Möchten Sie Ihre Frage wiederholen, Herr Kollege Remmel?

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich weiß nicht mehr genau, was ich gestern gefragt habe. Das ist jetzt ein bisschen schwer vom Übergang her. Aber ich glaube trotzdem aufgrund der zeitlichen Unterbrechung, dass es jetzt nicht anders geht, als dass diese Fragen weiter zu stellen sind.

Ich hatte gestern angefangen mit der Frage nach dem arbeitsgerichtlichen Verfahren und da der Stellungnahme durch den Rechtsbeistand. Das hat in der Vernehmung von Rechtsanwalt Wille eine Rolle gespielt, 35 Seiten, die insbesondere entlastende Sachverhalte hinsichtlich des Arbeitsgerichtsverfahrens enthalten. Meine Frage war, welche entlastenden Sachverhalte in diesem Dokument aus Ihrer Erinnerung anzuführen sind.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Aus meiner Erinnerung war Folgendes: Dieser 35-seitige Schriftsatz war die erste Reaktion meines Anwaltes in ausführlicher Darstellung zu allen gemachten Vorwürfen. In der Erinnerung bedeutet das: Das war die ausführliche Auseinandersetzung über das Auswahlverfahren von Frau Delpino, in dem Verfahren „Geheimnisverrat“ genannt. Dort hat Herr Wille sachlich die ganzen Details zusammengetragen und hat sie juristisch auch bewertet.

Das Weitere war auch die Auseinandersetzung um die Vergaben, wobei in meiner Erinnerung aber hier zu unterscheiden ist, dass es in dieser Auseinandersetzung damals nur um vergaberechtliche Sachen und – nach meiner Erinnerung – noch nicht um die Relevanz der Geeignetheit nach § 13 Abwasserabgabengesetz ging.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seit wann ist Ihnen denn bekannt gewesen oder wann haben Sie festgestellt, dass diese entlastenden Unterlagen vom MUNLV nicht an die Staatsanwaltschaft bzw. die Polizei weitergegeben worden sind? Bis zu welchem Zeitpunkt sind sie nach Ihrer Kenntnis nicht weitergegeben worden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Sie haben jetzt nach meiner direkten Kenntnis gefragt. – Da muss ich gestehen: 100 % klar geworden ist mir das erst aufgrund der Veröffentlichung in den Medien über die Darstellung der Generalstaatsanwaltschaft, weil mir bei dem Lesen dann dieser Schrift des Oberstaatsanwaltes – ich glaube sein

Name ist Frobel – ..., der damit, wenn ich das aus meiner Erinnerung richtig wiedergebe von voriger Woche, begonnen hat, die arbeitsgerichtlichen Dinge – ich sage jetzt einmal – auseinanderzunehmen, also juristisch zu bewerten. Da ist mir klar geworden, der guckt ja ganz woanders. Dann habe ich in die Hauptakte, die man uns zur Verfügung gestellt hat, geschaut, und da ist es mir – das mag jetzt vielleicht merkwürdig erscheinen – wie Schuppen von den Augen gefallen, dass ja bis etwa Seite 10000 der Hauptakte nichts von diesem Material eingeführt wurde. Ich sage jetzt ungefähr 10000, das können jetzt auch 100 oder 200 Seiten davon entfernt sein. Der Dreh, etwa 10000 müsste richtig sein.

(Der Zeuge bespricht sich mit seinem Rechtsanwalt.)

Der Anwalt weist mich gerade darauf hin, aber über diesen Haftprüfungstermin habe ich nicht mehr eine solche Erinnerung, was, ich glaube, verständlich ist. Herr Doelfs weist darauf hin, dass in dem Haftprüfungstermin Rechtsanwalt Wille die Ermittlungsrichterin darauf hingewiesen hat, dass diese seine Betrachtung bisher in den Unterlagen fehlt. Das – muss ich aber gestehen – ist mir entfallen gewesen, weil mir dieser Haftprüfungstermin nicht in einer vollständigen oder in einer guten Erinnerung ist.

Johannes Remmel (GRÜNE): Seit wann hatten Sie denn, Herr Dr. Friedrich, das Gefühl oder auch Hinweise – nach Gefühlen darf ich ja nicht fragen –, seit wann hatten Sie konkrete Hinweise danach, dass Polizei, LKA, Ermittlungsbehörden Ermittlungen aufgenommen haben?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das kann ich auch konkretisieren. Etwa 14 Tage oder vielleicht bis 20 Tage vor der Verhaftung gab es elektronische Unregelmäßigkeiten in meiner Telefonanlage, die sich durch akustische, mir bisher nicht zu Ohren gekommene – wie soll ich sagen – Laute zeigten. Bei den E-Mails kam es mehrmals vor, dass plötzlich Empfänger mich darauf hingewiesen haben, dass ich doch in der E-Mail geschrieben habe, da sei ein Anhang, aber der Anhang sei weg. Wenn das einmal in einem Vierteljahr vorkommt, macht man sich keine Gedanken. Ich bin aber nachdenklich geworden, dass das 14 Tage vor meiner Verhaftung mehrmals passierte.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vorher gab es keine Anzeichen aus Ihrer Sicht, dass entsprechend ermittelt worden ist?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe in der Zeit, als noch die arbeitsgerichtliche Klärung im Gange war, eine Information darüber bekommen, dass der frühere stellvertretende Sekretär im Vorzimmer hinsichtlich meines privaten Autokaufs befragt worden war. Soll ich das näher erläutern?

Johannes Remmel (GRÜNE): Nein. Was mich einfach interessiert, ist, ob zum Zeitpunkt der arbeitsgerichtlichen Einigung das in irgendeiner Weise Gegenstand auch der Gespräche, Fragen war oder ob Sie zu diesem Zeitpunkt gegebenenfalls auch anwaltlich was unternommen haben, um zu klären, ob Ermittlungen stattfinden.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja, ich habe über die mir zugegangenen Informationen der Einvernahme wegen des Autos meinen Anwalt informiert. Ich habe ihn auch informiert, dass ich Kenntnis hätte, dass der Mitarbeiter zum LKA gemusst hätte. Ich zitiere jetzt, was im Telefon ... Er hat gesagt: Herr Friedrich, das habe ich in meiner ganzen Praxis noch nicht erlebt; wenn das passiert, sind die verrückt.

Dann muss ich mir von einem erfahrenen Arbeitsrechtler schon sagen lassen, dass ... Ich sage so: Ich habe das geglaubt, was man mir vorgetragen hat. Ich habe das meinem Anwalt geschildert. Der hat gesagt: Herr Friedrich, das gibt es nicht. Ich sage Ihnen das so: Wenn die so etwas machen, dann sind die verrückt. Wir sind hier im Arbeitsrecht, und das geht nicht. – Danach habe ich das so aufgefasst, als reagiere ich über, wenn mir ein erfahrener Arbeitsrechtler sagt, das ist jenseits von Gut und Böse.

Das bitte ich zu verstehen. Ich habe ja nicht die Erfahrung von 25 Jahren arbeitsgerichtlicher Auseinandersetzung.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich würde gerne noch einmal zurückkommen zu meiner Frage von gestern: Vergabe MAPRO. – Wie ist es zu der Vergabe von MAPRO gekommen?

RA Oliver Doelfs: Die Frage möchte der Herr Dr. Friedrich auch heute nicht beantworten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Vielleicht frage ich dann noch einmal in eine etwas andere Richtung: Welche Schritte, Arbeitsschritte im Ministerium, haben sich denn an die Vergabe von MAPRO angeschlossen? Also, wie kann man den Arbeitsprozess charakterisieren? Gibt man da einen Auftrag und dann hört man ein Vierteljahr oder ein halbes Jahr nichts davon? Wie war die konkrete Arbeitsweise im Ministerium? In welchem Zusammenhang und in welcher Abfolge ist die dann passiert?

RA Oliver Doelfs: Ich bitte um Verständnis, Herr Remmel: Das ist Gegenstand des Ermittlungsverfahrens gewesen, kann jederzeit wieder aufgenommen werden. Darauf bezieht sich das Auskunftsverweigerungsrecht, das dem Herrn Dr. Friedrich zusteht. Ich habe ihm geraten, weiterhin von diesem Auskunftsverweigerungsrecht Gebrauch zu machen. Deswegen wird er diese Frage nicht beantworten.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne fragen wollen: Im Zusammenhang auch mit der öffentlichen Berichterstattung sind mehrfach Korruptionsvorwürfe kolportiert worden. An verschiedenen Stellen war auch von „schwirrenden Gerüchten“ die Rede. Ein Smart, der in Gebrauch genommen worden sei, ein Laptop, eine Frankreichreise, Currywürste haben da eine Rolle gespielt.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Die Currywürste müssten Sie mir belegen!)

– Das war auch Gegenstand von ...

(Erneut Zuruf von Wolfgang Schmitz [CDU])

– Nein, das muss ich an der Stelle nicht. Das hat mehrfach in den ...

(Zurufe von der CDU)

– Ja, bitte, dann müssen Sie eine Sitzungsunterbrechung beantragen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, wir wollen doch nicht schon den Morgen mit so einem Gezank beginnen hier. Vielleicht vergessen wir jetzt die Currywürste an der Stelle.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich habe es auch nur beispielhaft genannt.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Dann muss man das belegen, wenn man das beispielhaft macht!)

– Ja, ist in Ordnung, Herr Schmitz.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Wir wollen doch die Wahrheit finden und nicht wieder Gerüchte verbreiten!)

– Es geht eben um diese Gerüchte. Die sind Allgemeingut mittlerweile. Zumindest das Wort „schwirrende Gerüchte“ ist Allgemeingut.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Aber nicht Currywürstel!)

Ich würde den Zeugen gerne fragen, ob solche „schwirrenden Gerüchte“ ihm auch während seiner Dienstzeit schon vorgehalten worden sind von Vorgesetzten oder anderen Mitarbeitern im Hause. Haben die zur Dienstzeit eine Rolle gespielt?

(Der Zeuge spricht mit seinem Anwalt.)

RA Oliver Doelfs: Können Sie die Frage bitte noch einmal ...

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe mit ihm gesprochen. Ich habe nicht alles mitbekommen, weil ich gerade mit meinem Anwalt gesprochen habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Es gibt eine Reihe, eine Vielzahl von sogenannten schwirrenden Gerüchten, die allesamt in die Kategorie „Vorteilsnahme“ – weiter gefasst „Korruptionsdelikte“ – zu subsumieren sind. Sind solche Vorhalte Ihnen während Ihrer Dienstzeit gemacht worden? Wie sind Sie damit umgegangen?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Anwalt.)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Während meiner Dienstzeit, das heißt also bis zu dieser gewaltsamen Aussperrung, war mir dieses nicht bekannt, hat das auch niemand mir gegenüber geäußert. Das müsste jetzt – wieder von der Erinnerung – der 17. oder 18.06. sein. Bis dahin war mir so etwas nicht bekannt. 2006!

Johannes Remmel (GRÜNE): Also keinerlei Vorhalte, auch nicht beispielsweise „Laptop“?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich wiederhole noch einmal jetzt genau, was Sie mich gefragt haben: Bis zu diesem 17.06. oder 18.06.2006 hat es mir gegenüber keinen Vorhalt gegeben hinsichtlich eines Laptops oder eines speziellen Laptops, hat es mir gegenüber keinen persönlichen Vorhalt gegeben hinsichtlich eines Fahrzeuges der Marke Smart, hat es inhaltlich auch keinen Vorhalt gegeben hinsichtlich anderer Annahmen, die korruptiven Zusammenhang hätten. Bis zu diesem Zeitpunkt, also wo ich aktiv im Haus war, zu keinem Zeitpunkt.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne noch fragen wollen, ob Sie uns Hinweise darauf geben können, ob es während Ihrer Dienstzeit Interaktionen, Interventionen von Institutionen, Verbänden, Unternehmen außerhalb des Ministeriums gegeben hat, die auf Ihre Demission sozusagen abzielen.

RA Oliver Doelfs: Dürfen wir uns einmal eben beraten?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Aber bitte.

(RA Oliver Doelfs: Danke!)

Wir unterbrechen einmal kurz für zwei Minuten.

(Kurze Unterbrechung)

Wir setzen die Sitzung dann fort. Bitte schön, Herr Dr. Friedrich.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja, mir sind aus der Erinnerung mehrere Schreiben, die jetzt einmal thematisch ordne, bekannt:

Zum einen geht es im Bereich der Trinkwasserversorgung um einen Effekt oder einen Nebenkriegsschauplatz: Der Steinkohleabbau unter dem Rhein, also am Niederrhein, im Bereich der Stadt Dinslaken hatte ja dazu geführt, dass das MUNLV in der Moderation unter meiner Leitung die Errichtung einer Trinkwasseraufbereitungsanlage empfohlen hatte, die die Qualität des Wasser garantiert, wie sie vor dem Eingriff durch die Steinkohle war.

Dazu gab es dann ein Schreiben der GELSENWASSER AG an die Hausspitze, in der sie das abgelehnt und explizit meine Person angegriffen haben, weil ich aktiv für einen Stand der Technik einträte, der den Interessen der GELSENWASSER AG im Hinblick auf die Investitionen, die das beträfe, total zuwiderlaufe. Deshalb würden sie auf extreme Art und Weise gegen meine Gestaltung der Wasserwirtschaft, solche Standards durchzusetzen, intervenieren.

Das gipfelte dann darin – daran kann ich mich genau erinnern –, dass der Vorstand von GELSENWASSER gegenüber dem Staatssekretär geäußert hat, dass eine ver-

trauensvolle Zusammenarbeit mit dem Haus wegen dieser inhaltlichen Auffassung des Abteilungsleiters nicht mehr möglich sei.

Als Nächstes kann ich mich an ein Schreiben erinnern, nicht aber an das genaue Datum. Ich würde dieses Schreiben auf das erste Quartal 2006 datieren. Genauer kann ich es nicht; das bitte ich nachzusehen. In dem gleichen Zeitraum etwa gibt es auch Schreiben an die Hausspitze von dem Zusammenschluss der Wasserverbände über die inhaltlichen Anforderungen meiner Abteilung oder meiner Person oder die aus der Wasserwirtschaft NRW bezüglich Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und auch bzw. wegen des Umsetzens des Stickstoffabbaugrades an Kläranlagen kamen.

Es hat bestimmt noch einiges mehr gegeben, aber das ist jetzt schon so lange her. An diese Schreiben kann ich mich erinnern. Aber wenn ich es inhaltlich nicht kann, habe ich Schwierigkeiten, das dezidiert zu tun. Da ich es hier verbinden kann mit Anforderungen an das Trinkwasser, die EU-Wasserrahmenrichtlinie bzw. die Kläranlagentechnologie, kann ich mich an die Schreiben erinnern. Ich weiß, es hat mehr gegeben. Aber wenn mir der Inhalt nicht geläufig ist, kann ich Ihnen wirklich nichts mehr, weil es einige Jahre her ist, dazu sagen. Das tut mir leid. Somit ist die Frage nur zum Teil beantwortet, weil ich nicht die vollständige Erinnerung habe.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann würde ich gerne wissen, ob die Sachverhalte jenseits der inhaltlichen Fragen, die auf Ihre Stellung im Ministerium abzielten, mit der Hausspitze, mit dem Minister, mit dem Staatssekretär einmal erörtert worden sind? Da gab es Interventionen von außen, die sagen, eine Zusammenarbeit sei nicht mehr möglich, was ja darauf abzielte, dass Sie ihre Aufgabe auch nicht mehr wahrnehmen sollten. Ist das auch einmal Gegenstand der Erörterungen mit dem Minister oder dem Staatssekretär gewesen?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrichs: Über diese drei inhaltlichen Komplexe, die ich genannt habe – Trinkwasserqualität oder Trinkwasserversorgung, EU-Wasserrahmenrichtlinie und deren Anforderungen und Ausgestaltung sowie die Leistung von Kläranlagen –, ist dezidiert in verschiedenen Vieraugengesprächen mit dem Staatssekretär gesprochen worden.

Ich habe, auch aus der Erinnerung, diesen harten Brief der GELSENWASSER AG – damit hatte mich der Herr Staatssekretär beauftragt – auch beantwortet, also den Antwortentwurf gemacht. Bis auf eine einzige kleine Änderung in diesem nach meiner Erinnerung vierseitigen Schreiben hat der Staatssekretär diesen Brief übernommen und ihn persönlich unterschrieben. Das Gleiche gilt für die Schreiben der Wasserverbände, wobei mir jetzt nicht einfallen ist, ob der Staatssekretär oder der Minister unterschrieben hat. Aber da habe ich auch den Antwortentwurf gemacht, und die Schreiben sind auch rausgegangen. Ich weiß aber jetzt nicht mehr, wer von beiden die Antwort an die Wasserverbände unterschrieben hat.

Johannes Remmel (GRÜNE): Gut.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielen Dank. – Aus der letzten Sitzung ist noch eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Ellerbrock offen.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Dr. Friedrich, Sie haben in Ihren Ausführungen eben gesagt, Sie fühlten sich verfolgt und benutzt. Allgemein bekannt ist ja eine Pressemitteilung der Kreistagsfraktionen der Grünen, die Bezug nimmt auf Ihre Äußerung:

Ich habe mir nicht vorstellen können, dass man als Systemkritiker in der Bundesrepublik Deutschland unter ähnlichen Bedingungen wie in der DDR verfolgt wird.

Können Sie das bitte einmal näher erläutern?

(Gerd Stüttgen [SPD]: Wo steht das?)

– Das ist allgemein bekannt: Fraktion der Grünen. Hintergrund zu PFT. Das Opfer schlägt zurück. HTML 28.10.2009.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe in den drei Wochen, in denen ich dort weggesperrt war, nach meiner Auffassung und, wenn ich mir anschauere, was vorgefallen wurde, derentwegen der Haftbefehl ergangen ist, sehr wohl Gedanken gemacht, mich daran zu erinnern – ich hatte die Bücher ja nicht zur Hand in der JVA Wuppertal –, was Damen und Herren in Tagebüchern oder Veröffentlichungen, seien es Herr Havemann oder andere, über Verfolgungen explizit der Stasi und ihr nachgeordneter Behörden – ich sage es mal so; ich weiß nicht, ob man das Behörden nennen kann – geschrieben haben. Natürlich sind Herrschaften, die verfolgt wurden, dort auch grundlos eingesperrt worden. Ich reklamiere mit meiner Meinungsfreiheit, dass ich das so empfunden habe. Dazu stehe ich, und das ist auch meine Auffassung.

Holger Ellerbrock (FDP): Bleiben wir noch einmal dabei. Haben Sie dagegen dann Klage erhoben? Oder ist Ihnen bekannt, dass dieses Verfahren irgendwie als rechtsstaatlich nicht in Ordnung beklagt worden ist? Haben Sie selbst dagegen Klage erhoben, wenn Sie es so empfunden haben?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe nun auch aus dem Studium der Ausarbeitungen bzw. der Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft an die Staatsanwaltschaft Wuppertal – leider auch erst seit zehn Tagen – zu meiner Verwunderung entnommen, dass dort, was Haftgründe, was Vorwürfe angeht, eine völlig andere Auffassung vertreten wird. Ich maße mir jetzt persönlich, weil ich betroffen bin, an, dass ich sage: Wenn Juristen dieser Qualität an der Sache gesessen hätten, würden wir heute hier nicht sitzen und hätte ich auch die drei Wochen in dieser Landesanstalt nicht verbringen müssen.

Holger Ellerbrock (FDP): Also halte ich fest, dass Sie dagegen nicht vorgegangen sind. Sie haben dagegen nicht geklagt. Sie haben sich als Systemkritiker bezeichnet, das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR verglichen, aber nicht dagegen geklagt.

(Der Zeuge bespricht sich mit seinem Rechtsanwalt.)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, dann bitte ich, dass mein Anwalt die Dinge, die er eingeleitet hat, vorträgt, weil ...

Holger Ellerbrock (FDP): Nein.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Gut. Also ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung. Herr Doelfs darf Sie in Verfahrensfragen beraten. Er hat selbst das Rederecht zu Verfahrensfragen, darf Ihnen aber nicht bei der Aussage ...

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Gut. Dann sage ich das, was dort stattgefunden hat. Ich sage es als Nichtjurist. Wenn dann einige Formulierungen nicht ganz korrekt sind ...

Also: Der Rechtsanwalt Doelfs und der Rechtsanwalt Wille haben sofort einen Tag nach dem Haftbefehl alle erforderlichen, so nenne ich es mal, Rechtsmittel eingelegt. Es hat dann den ersten Haftprüfungstermin gegeben, bei dem die beiden Anwälte die Dinge vorgetragen haben. Aus meiner Erinnerung hat dann etwa zweieinhalb Wochen später – ich meine, es waren zweieinhalb Wochen später – der nächste stattgefunden, bei dem dann noch einmal sehr ausführlich alle diese Einsprüche, so nenne ich es mal, Darstellungen, juristischen Hilfsmittel oder wie man dieses nun nennt der beiden Anwälte vor einer Amtsrichterin verhandelt wurden. Somit sind in meinen Augen alle Rechtsmittel eingelegt worden, die verfahrensgemäß stattfinden.

(Der Zeuge bespricht sich mit seinem Rechtsanwalt.)

Holger Ellerbrock (FDP): Vielleicht sollte man dann unterbrechen, wenn sich die Herren draußen noch einmal unterhalten wollen.

RA Oliver Doelfs: Nicht nötig.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Der Wunsch ist nicht geäußert worden. – Herr Dr. Friedrich, Sie wollten noch etwas ergänzen.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja. – Es gibt, was die Verfahrensführung angeht, zwei Beschlüsse, nämlich den Beschluss des Landgerichts Wuppertal und den Beschluss des Amtsgerichts Wuppertal, die der Staatsanwaltschaft Wuppertal rechtswidriges Vorgehen eindeutig und begründet und mit Zitaten bis zum BGH und Verfassungsgericht belegen.

Holger Ellerbrock (FDP): Also, so sage ich mal, der Vergleich zwischen DDR und unserem System: Ihnen ist ja hier Rechtsschutz gewährt worden, was normalerweise in der DDR nicht üblich war. Wieso ist der Vergleich dann von Ihnen benannt worden?

(Zuruf: Was soll das denn?)

– Das steht hier drin. Deshalb möchte ich gerne eine Antwort.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Ellerbrock, wenn Sie mir zusagen, dass bei dem nächsten Haftbefehl Sie anstelle von mir diese drei Wochen dann hinter sich bringen, vielleicht haben Sie dann die Erfahrung, dass Sie mir dann belegen können ... Ich verstehe die Frage nicht.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich stelle sie gerne noch einmal: Sie vergleichen hier in einem wörtlichen Zitat unser rechtsstaatliches System mit dem der DDR, geben jetzt zu, dass Ihnen Rechtsschutz gewährt worden ist. Und ich habe Ihren Worten nicht entnehmen können, dass Sie gegen diese Sache, bei der Sie meinen, als Systemkritiker wie in der DDR verfolgt zu werden, geklagt haben. Das entnehme ich der Pressemeldung. Dazu wollte ich Ihre Meinung wissen. Das reichte mir bisher nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Ellerbrock, ich habe extreme Schwierigkeiten, Ihre Frage als zulässig noch betrachten zu können.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Okay!)

Sie fragen den Zeugen nach seiner Meinung oder nach einer Bewertung, die er mal gemacht hat. Es geht hier um Tatsachen.

Holger Ellerbrock (FDP): Gut, dann komme ich darauf gleich noch einmal in einem anderen Zusammenhang zurück.

Sie hatten eingangs Ihrer Erklärung dargestellt, dass Sie heute ein Planungsbüro betreiben. In welchem Umfang betreiben Sie das? Welches sind die Auftragsstellungen dazu?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da, Herr Kollege Ellerbrock, muss ich mir ernsthafte Gedanken machen, ob diese Frage zulässig ist, weil sie nicht mehr den Untersuchungszeitraum betrifft und die Antwort die Frage der Glaubwürdigkeit des Zeugen wahrscheinlich nicht maßgeblich beeinflussen könnte.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Vorsitzender, ich nehme Bezug auf den Beschluss des OLG, Seite 5, Buchstabe cc:

Auskunft zu Fragen hinsichtlich seiner gegenwärtigen beruflichen Stellung wird der Zeuge nicht generell verweigern können. Seine allgemeine berufliche Situation ist

nicht nur allgemein kundig, sie macht auch geltend gemachtes Auskunftsverweigerungsrecht dann erst plausibel.

RA Oliver Doelfs: Also, bevor da ein unnötiger Streit entsteht: Herr Dr. Friedrich hat kein Problem, auf diese Frage zu antworten. Viele Aufträge – das hatte er vorhin schon in seiner Eingangserklärung erklärt – hat er nicht mehr.

Holger Ellerbrock (FDP): Aber vielleicht könnte er es selbst sagen. Das ist ja keine Verfahrensfahre.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Dr. Friedrich, bitte schön.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, ich weiß jetzt nicht, inwieweit das Protokoll von gestern schon angefertigt ist. Ich hatte gestern zu meinem Eingangstatement über das schon vor Jahren von mir betriebene Ingenieurbüro berichtet und habe über die Aufträge, die ich damals bis zum Eintritt im MUNLV abgewickelt habe, Ihnen meines Wissens sogar auch eine Ausfertigung übergeben. Ich kann es jetzt nicht genau realisieren: Habe ich auch über diese Aufträge des Büros die Referenznachweise übergeben? Ich meine, gestern draußen vor der Türe haben Sie mich noch darauf angesprochen, und dann habe ich das getan. Somit hätte ich mich dann auch ausführlich zu der Frage von Herrn Ellerbrock geäußert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Vielleicht einmal zur Klarstellung: Das, was ich von Ihnen an Unterlagen erbeten habe, war deshalb, damit die Begriffe ins Protokoll sorgfältig übernommen werden konnten und dabei keine Schreibfehler entstehen. Es zählt hier natürlich nur das, was Sie in öffentlicher Sitzung sagen, und nicht das, was Sie an Papieren einreichen. Das war nur eine Hilfestellung für den Protokolldienst.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich meine gestern aber auch, das ist meine Erinnerung, zu den abgewickelten Projekten – seien es die für das Umweltministerium in Hessen bishin, so erinnere ich mich, zu den Dingen im Kreis Mettmann, Solingen, Remscheid, Müllverbrennungsanlage Gütersloh, Müllverbrennungsanlage Kehl – etwas gesagt zu haben. Ich bäte, mich darauf hinzuweisen, wenn ich es nicht getan habe. Dann ist meine Erinnerung falsch.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Zeuge, das ist richtig. Das haben Sie über abgewickelte Projekte in der Vergangenheit gesagt. Es geht jetzt darum, wie Sie hier schon eingangs sagten ... Ich hätte nicht nachgefragt, wenn Sie nicht selbst am Anfang etwas zu Ihrem jetzigen beruflichen Stand, zu Ihrem Büro gesagt hätten. Es interessiert, was jetzt ist.

Sie haben gestern dargestellt, was Sie alles in der Vergangenheit abgewickelt hatten. Das war Plusquamperfekt. Ich spreche jetzt im Präsens.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte, Herr Dr. Friedrich.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Okay. – Aktuell sitze ich als ein Unterauftragnehmer an einem Forschungsprojekt des Bundesforschungsministeriums zur Nanotechnologie, wo es darum geht, neue Oberflächenfilme – ich nenne es einmal „Filme“ –, also neue Oberflächen, für die Innenausstattung von Automobilen zu entwickeln. Sinn und Zweck dieser Angelegenheit ist das profane Ziel, dass kein Staub mehr im Auto auf den Kunststofffolien liegen bleibt.

Holger Ellerbrock (FDP): Sind das auch Projekte, die sich mit dem Problemkreis PFT, der ja bei der neuen Regierung virulent geworden ist, beschäftigen? Hat das auch damit was zu tun? – Ich meine jetzt nicht dieses Projekt. Das ist mir schon klar. Aber arbeiten Sie in dem Bereich auch noch weiter?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich beschäftige mich interessehalber mit einer ganzen Menge von Problemen, aber es gibt keinen Auftrag zu PFT, den ich als Büro bearbeite. Dass ich mich persönlich und aus Interesse über viele Dinge der Abfallwirtschaft und viele Dinge der Wasserwirtschaft auch heute beschäftige, ist richtig.

Aber Sie haben, wenn ich es hier richtig verstanden habe, nach Aufträgen meines Büros gefragt, und das habe ich beantwortet. Das andere wären aber persönliche Interessen, die in keinsten Weise im entgeltlichen Bereich stehen und demzufolge auch von Ihrer Frage nicht umfasst sind.

Holger Ellerbrock (FDP): Das ist doch okay. Das ist dann präzise. – Seit wann hat Sie denn der Problemkreis PFT in besonderem Maße interessiert?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Wenn man sich ernsthaft mit dem Problem beschäftigt, nämlich mit den Auswirkungen des Stoffes PFT, dann nicht mit dem Problemkreis PFT, sondern es gibt einen ernstzunehmenden Problemkreis Trinkwasserqualität. Das PFT, das in der Ruhr plötzlich nachgewiesen wurde, ist nur ein Indikator für das grundlegende Problem, dass man ein Volumen von Flusswasser, das zu 40 % aus Kläranlagenablauf besteht, zu Trinkwasserzwecken nutzt.

Das mag vor zwei Jahren das Problem PFT gewesen sein. Das kann mal TOSU sein. Das kann mal EDTA sein. Das ist doch eigentlich beliebig, weil wir genau wissen, dass in Spuren in dem Trinkwasser der Ruhr mehr als 2.000 giftige Substanzen sind. Somit ist die PFT-Problematik eine Sache, mit der ich mich inhaltlich schon seit über zehn Jahren beschäftige. Und mit dem PFT tauchte jetzt – wie soll ich es sagen? – der Aspirant 73 aus 2.000 auf.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Zeuge, Sie sagten eben, seit 2000 würde Sie das beschäftigen. Ist das auch dienstlich irgendwie virulent geworden in den Jahren, als Sie Abteilungsleiter waren und der Problemkreis zwischen 2000 und 2005 offensichtlich wurde? Haben Sie sich da in besonderem Maße engagiert?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kollege Rimmel ... Entschuldigung, Herr Ellerbrock.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Keine dienstlichen Beleidigungen, Herr Kollege! Das ist diskriminierend! Da legen wir Wert drauf! – Heiterkeit)

Herr Kollege Ellerbrock, ich bitte Sie, bei Ihren Fragen den Untersuchungszeitraum Mitte 2005 bis Mitte 2009 im Auge zu behalten.

Holger Ellerbrock (FDP): Da haben Sie recht. Dann stelle ich die Frage andersrum: Ist es richtig, dass Sie im Gegensatz zu Ihren dienstlichen Tätigkeiten der von mir eben so dargestellte Problemkreis PFT infolge von Überlegungen zur Trinkwassergewinnung und Reinhaltung des Trinkwasser erst nach 2005 in besonderem Maße beschäftigt hat?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nein, das ist nicht richtig. Ich hatte ja eben schon erwähnt, dass eine dieser Beschäftigungen die Mediation zu dem Trinkwasserwerk in Dinslaken war. Und da war nicht PFT der Renner für die Begründung einer Anlage. Dort waren es die Psychopharmaka.

Sie wissen auch, Herr Ellerbrock, dass Ihnen der Kläranlagenablauf für Psychopharmaka sagt, wie viele Altersheime es in diesem Ort gibt.

Holger Ellerbrock (FDP): Und wie viele Drogen konsumiert werden.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Entschuldigung, das war jetzt nicht despektierlich, Herr Vorsitzender.

Holger Ellerbrock (FDP): Nein, es ist so.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Es ist leider eine Tatsache: Je mehr Altenpflegeheime, Altersheime es in einem Ort gibt, desto höher wird auch die Ablaufkonzentration von Carbamazepin und anderen Substanzen in der Kläranlage sein.

Wenn ich dann im Bereich des Niederrheins eine ganze Menge an Anströmungen habe, dann weiß ich, dass ich mit Psychopharmaka, mit Antibiotika etc. schon oberhalb von Nachweisgrenzen liege. Und dann weiß ich, dass es bei der gesundheitlichen Beurteilung Probleme gibt.

Das heißt – um es noch einmal deutlich zu sagen, Herr Ellerbrock –: Ein Ministerium, das sich verantwortlich mit Trinkwasserproblematik beschäftigt und sich dementsprechend mit der ganzen Frage auseinandersetzt, ist ständig mit dieser Fragestellung beschäftigt. Ich sage es deutlich: Das PFT ist dann halt in dieser Woche der Renner, einer von diesen 2.000.

Das ist an der Ruhr auch mal TOSU gewesen. Wir wissen, dass dort auch Lösemittel etc. plötzlich auftauchen. Sie wissen genauso gut wie ich auch, dass intern – ohne

dass sie veröffentlicht werden – über 100 Verbindungen tagtäglich gemessen werden. Das würde niemand aus Jux und Tollerei tun, wenn er nicht wüsste, dass diese Substanzen, die sich dort im Wasser befinden, gesundheitsschädlich sind.

Holger Ellerbrock (FDP): Der Vorsitzende hat mich auf den Untersuchungszeitraum hingewiesen. Deswegen will ich jetzt nicht näher auf die Diskrepanz – heutige Darstellung, frühere Darstellung Ihrer Zeit als Abteilungsleiter, als PFT in Ihrem Hause in dem Sinne kein Problem war – eingehen.

Ich gehe weiter zur nächsten Frage: Sie haben eben ...

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender.

Holger Ellerbrock (FDP): Darf ich eben zu Ende reden, Herr Zeuge? – Wir haben gestern den Problembereich eines Gesprächs mit einem Bundesvorsitzenden der SPD, Herrn Müntefering, dargestellt. Was hatte das Gespräch mit Herrn Müntefering zum Ziel?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich hatte dargestellt, dass mir mein Bruder, der aktives Mitglied der SPD in Nordhessen ist, gesagt hat, dass er einen Termin vereinbart hat, zu dem ich ihn begleiten könnte – ich habe nicht viel dazu gesagt, das Gespräch war auch nicht lang –, bei dem mein Bruder das Problem, das mir widerfahren ist, Herrn Müntefering dargestellt hat. Er hat dargestellt, wie ich das empfinde, wie es unter Parteikollegen passiert. Mehr ist da nicht gewesen. Nach meiner Erinnerung ist das Gespräch allerhöchstens im Bereich von einer Viertelstunde oder 20 Minuten gewesen.

Ich habe das nicht vereinbart. Deshalb kann ich auch nicht sagen, was von beiden Seiten, die das Gespräch vereinbart haben, das Ziel war. Mein Bruder ist bei mir zu Hause vorbeigekommen, hat mich abgeholt und gesagt: Ich habe diesen Termin – so wird es gesagt – mit meinem Genossen vereinbart. Er hat mich mitgenommen

Holger Ellerbrock (FDP): Es war also völlig überraschend, dass Ihr Bruder bei Ihnen vorbeigekommen ist und gesagt hat: „Komm, wir fahren mal eben bei Münte vorbei“?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Wieso überraschend?

Holger Ellerbrock (FDP): Weil Sie eben sagten, Ihr Bruder ist eben vorbeigekommen.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nein, mein Bruder hat mich informiert, dass er diesen Termin ausgemacht hat. Ich weiß nicht, ob er mich deshalb drei oder vier Tage vorher angerufen hat. Natürlich hat er das ein paar Tage vorher getan. Als er das avisiert hatte, hat er mich abgeholt und ist mit mir von Meschede nach Arnsberg ge-

fahren. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, was die beiden, die den Termin vereinbart haben – ich habe ihn ja nicht vereinbart –, ausgemacht haben.

Holger Ellerbrock (FDP): Was war denn Ihrer Kenntnis nach das Ziel des Gesprächs? Das muss ja etwas bewirkt haben. Sie fahren ja nicht nach Arnsberg, nur um mal eine Runde mit Münte zu sprechen.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Obwohl sich das schon lohnen würde!)

Was war das Ziel?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, ich muss an dieser Stelle ganz deutlich sagen – das habe ich auch vorhin gesagt –: Das ganze Verfahren, all die Umstände haben auf mich einen sehr negativen Eindruck gemacht. Ich war auch sehr niedergeschlagen. Wenn mein Bruder sagt: „Wir fahren da mal hin“ – Entschuldigen Sie bitte, wenn ich das so sage –, habe ich gemeint: Schaden kann es ja nicht, wenn er das macht. Ich finde es ja toll, dass er eine Initiative startet. Dann fahre ich natürlich mit. Ich gehe nicht davon aus, dass mein Bruder aus Jux und Tollerei Blödsinn treibt. Aber was die Motivation angeht, kann ich hierüber keine Auskunft geben, weil ich das nicht vereinbart habe. Ich war – wenn ich hier auch Gefühle zum Ausdruck bringen darf – erfreut, dass er das tut. Deshalb bin ich auch erfreut mitgefahren. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Holger Ellerbrock (FDP): Das war also eine psychologische Aufbauphase. – Aber wenn man mit dem Bundesvorsitzenden der SPD spricht: Sollte eine politische Einflussnahme auf das Verfahren genommen werden? Es muss doch irgendwo ein Ziel gegeben haben. Ich verstehe das nicht. Das Gespräch muss doch ein Ziel gehabt haben. Was ist denn aus dem Gespräch geworden? Eine politische Einflussnahme? Ein Dr. Friedrich spricht mit dem Bundesvorsitzenden der SPD und will mal eben das Problem darstellen. Da muss es doch einen Hintergrund geben. Das ist doch nicht eine psychologische Aufbauphase. – Das war eine Frage, Herr Zeuge.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, ich kann mich der Frage in keinsten Weise nähern. Ich weiß doch letztendlich nicht ... Mein Bruder war hell erfreut, dass er den Termin bekommen hatte. Als Bruder habe ich ihn dafür auch gelobt und bin mitgefahren. Ich habe mich gefreut. Darf ich das nicht?

Holger Ellerbrock (FDP): Aber wenn Sie Ihren Bruder gelobt haben ... Wofür lobt man denn? Warum haben Sie ihn denn gelobt?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie können die Frage ruhig beantworten – wofür haben Sie Ihren Bruder gelobt? –, auch wenn ich die Antwort schon gehört habe.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe ihn dafür gelobt, dass ich es erstaunlich fand, dass er da einen Termin bekommen hatte. Ich hätte mir nicht vorgestellt – na-

türlich ist er ein sehr aktiver Mensch in seiner Partei –, mir nicht träumen lassen – wie soll ich es sagen? –, von der natürlichen Beurteilung, die ich habe, dass so etwas so schnell gelingt. Als er mir das am Telefon sagte, war die nächste Reaktion: Bist Du noch dran? Das zeigte, dass ich erstaunt war.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie haben jetzt gerade gesagt: dass das gelingt. Also war eine Absicht da. Welche Absicht haben Sie mit dem Termin verbunden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe gesagt: gelingt, dass ein – es wäre nicht richtig, zu sagen: ein einfaches Parteimitglied – aktives SPD-Mitglied anruft und innerhalb relativ kurzer Zeit einen Termin bekommt. Das war für mich, wenn ich das so sagen darf, mehr als erstaunlich. Aber das ist eine Wertung. Mehr als das kann ich hier nicht tun.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich teile ja Ihre Auffassung, dass das etwas Besonderes ist. Wenn es etwas Besonderes ist, dann steht etwas dahinter, dann muss ein Ziel verfolgt sein. Ich möchte gerne von Ihnen wissen, welches Ziel Sie mit diesem Gespräch verfolgt haben, mit welcher Intention Sie mitgefahren sind.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich hatte eben gesagt, dass ich darunter gelitten habe, was mir alles widerfahren ist. Wenn ein Familienmitglied der Meinung ist: „Ich stelle Dein Problem meinem Genossen Münze vor“, dann fahre ich doch mit. Wenn er sich engagiert, würde ich mich als Bruder doch nicht korrekt verhalten, wenn ich sage: Du bist ganz schön blöd, ich bleibe zu Hause. Ich bin mitgefahren, das war für mich eine Selbstverständlichkeit. – Entschuldigung, Herr Vorsitzender, ich werde gerade darauf hingewiesen, dass ich emotional werde. Entschuldigung, das möchte ich nicht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das ist völlig in Ordnung. Geben Sie sich bei Ihrer Zeugenaussage ganz natürlich. Das ist für uns ja auch wichtig. – Herr Ellerbrock, ist die Frage jetzt beantwortet?

Holger Ellerbrock (FDP): Ich versuche noch einmal, es zusammenzufassen, damit das ...

(Stephan Gatter [SPD]: Sie haben gar nichts zusammenzufassen!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, Zusammenfassungen haben wir jetzt gehabt.

Holger Ellerbrock (FDP): Nein, die Frage zusammenfassend zu stellen.

(Stephan Gatter [SPD]: Die Frage ist beantwortet!)

– Nein, die ist nicht beantwortet, Kollege Gatter.

(Stephan Gatter [SPD]: Natürlich ist die beantwortet!)

Haben Sie sich von einem Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der SPD über den Fall Dr. Harald Friedrich politische Unterstützung erhofft?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Da sage ich jetzt ganz klar und deutlich Nein – aus einem ganz einfachen Grund: Ich hatte nun schon zwei Jahre sehr extrem gelitten. Ich hatte nur noch negative Vorstellungen. In das Auto eingestiegen bin ich mit dem innerlichen Eindruck – den darf ich hier bitte nennen; das ist jetzt eine Wertung –: Ich mache das, weil mein Bruder das will; ich glaube aber nicht daran. – Ich habe mich auch hinter ihm – ich sage jetzt nicht: breite Schultern; wir sind gleich groß – aufgestellt. Meine Erwartungshaltung war aber geprägt von dem, was mir seit dem 29. Mai widerfahren war. Ich bitte, zu verstehen – das bitte ich jetzt nicht als eine Kritik an Herrn Müntefering aufzufassen –, dass ich da erst einmal gedacht habe: Ja, ich mache das, aber ...

Mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen. Jetzt habe ich also schon meine Gefühle dargelegt. Das hat ja nichts mit einer realen Einschätzung zu tun. Dazu war ich ja gar nicht in der Lage. Ich kenne ja nicht so einen großen Apparat einer Partei, dass ich beurteilen könnte, ob dann – in Führungszeichen – „etwas passiert“ oder nicht. Ich sitze da ja nicht wie Korrespondenten in Berlin, die nun jede Hintertreppe und alle Gespräche kennen. Ich bin dazu nicht in der Lage gewesen.

Aber, ich sage es noch einmal, in meinem Kontext von Bruder zu Bruder habe ich mich sehr gefreut – wenn das Freuen irgendetwas für Sie aussagt.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie haben sich gefreut. Damit ist nichts beabsichtigt gewesen. Man spricht mal miteinander.

(Stephan Gatter [SPD]: Das ist eine Wertung!)

Dann zu MUNLV 4, Blatt 59/60: Dort ist unter dem Datum vom 20.08. eine Initiativebewerbung in den Akten, wo Sie sich um eine neue Position bemühen, wo Sie Rundschreiben gemacht haben und Ihre Situation dargestellt haben. Das ist Ihr Brief; das nehme ich jetzt voraus. Da brauchen wir nichts zu machen; Sie gucken rein. – Sonst gucken Sie bitte rein.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe keine Akten mehr. Darf ich mir das bei Ihnen anschauen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gerne. – Nennen Sie noch einmal genau die Fundstelle, Herr Ellerbrock?

Holger Ellerbrock (FDP): MUNLV 4, Blatt 59/60.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Okay.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich verstehe jetzt die Frage nicht. Hier handelt es sich, wenn ich das richtig sehe ...

(RA Oliver Doelfs: Er hat noch keine Frage gestellt!)

Holger Ellerbrock (FDP): Doch. Ich habe erst gefragt, ob das Ihr Schreiben ist, ob Sie das kennen. Ist das Ihr Brief? Er trägt doch Ihren Briefkopf.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nein. Diese Seite, die mir vorgelegt wurde ...

Holger Ellerbrock (FDP): Dr. Harald Friedrich, Rosenstr. 54. Das ist der Brief.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nein, Entschuldigung, Herr Ellerbrock. Mir ist gerade etwas vorgelegt worden, wo unten steht: Mit freundlichen Grüßen – Hannelore Czub-Hanisch. Es ist ein Brief, den diese Frau Czub-Hanisch am 30. November 2006 an Herrn Dr. Günther gerichtet hat. Das ist mir hier gerade vorgelegt worden.

(Stephan Gatter [SPD]: Dann hat Herr Ellerbrock eine falsche Angabe gemacht!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich glaube, es gibt hier ein Missverständnis. Herr Ellerbrock, Sie haben die Seitennummerierung auf Ihrem Computer genannt. Die ist nicht identisch mit der Nummerierung in dem Aktenordner.

Holger Ellerbrock (FDP): Der Kollege Rachvoll kommt mit dem Schriftstück zu Ihnen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Deswegen sprechen wir jetzt wahrscheinlich von verschiedenen Schriftstücken.

(Stephan Gatter [SPD]: Liberale Seitenzählung!)

Herr Dr. Friedrich und Herr Doelfs, nehmen Sie erst einmal wieder Platz. – Jetzt haben wir das Schriftstück in der Akte gefunden. Wollen Sie bitte noch einmal kommen, um es anzuschauen?

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen beim Vorsitzenden Einblick in die Unterlagen.)

Ich darf einmal kurz für alle sagen: Es ist ein Schreiben vom 20. August 2006, Absender Dr. Harald Friedrich, beginnend mit: Sehr geehrte Damen und Herren.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich finde wichtig, dass bei dieser Geschichte auch erläutert wird, wer das ans Ministerium geschickt hat.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ich!)

– Es sollte hier aber auch zu Protokoll klar sein, wer was veranlasst hat;

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ja, sicher!)

natürlich auch im Hinblick auf die Frage der politischen Einflussnahme.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Vorsitzender, darf ich den Gedankengang des Kollegen Rimmel kurz aufgreifen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, bitte.

Holger Ellerbrock (FDP): Das ist ein Problemkreis, den ich ans Ministerium geschickt hatte – im Zusammenhang damit, dass mir in der letzten Legislaturperiode in Bezug auf die Mittelvergabe aus der Abwasserabgabe eine Menge Fragen gekommen sind, die ich auch in einer Kleinen Anfrage an die damalige Landesregierung niedergelegt hatte und wo ich dann jetzt Anfang der Legislaturperiode bei dieser Landesregierung nachgefragt hatte, wie man das denn nun beurteilt.

Herr Dr. Friedrich, das Schreiben ist von Ihnen?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja. Dieser Brief ist von kurz vor dem letzten Termin im arbeitsgerichtlichen Verfahren, als ich also schon gekündigt war. Herr Wille hatte mich auch darauf hingewiesen, dass man sich seiner Meinung nach immer parallel zu solchen streitigen Verfahren auch am Markt, wie er sagt, äußert. Bei diesem Schreiben fehlt, was erstaunlich ist, der Adressat. Ich weiß aber, wem ich dieses geschrieben habe. Ich bin der Auffassung, dass dieses hier entweder von September oder Oktober 2006 ist.

(Holger Ellerbrock [FDP]: 20. August!)

– Ja, okay. Es ist aber deutlich nach dem 17./18. Juni 2006, seitdem ich das Betretungsverbot hatte. Da habe ich dieses Schreiben an die Deutsche Veolia nach Berlin geschickt.

Holger Ellerbrock (FDP): Wem Sie das geschickt haben, interessiert mich ja nicht so. Mich interessiert: Haben Sie solche Schreiben schon vorher, nach Ihrer Tätigkeit bei einem mittelständisch geprägten Entsorgungsunternehmen, auch anderswohin geschickt? Oder haben Sie mündlich schon mal deutlich gemacht, dass Sie sich in der Zwischenzeit durchaus auch eine andere Betätigung vorstellen konnten?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nein, ich habe dieses nach der Aussperrung aus dem MUNLV während des arbeitsgerichtlichen Verfahrens auf Anraten meines arbeitsrechtlichen Anwaltes, ich sollte doch bitte parallel jetzt nicht nur hoffen und den Anwalt unterstützen, sondern mich bitte aktiv am Markt umschauen, getan. Das würde ich aber nicht als anwaltliches, sondern als normales Anraten bezeichnen. Das

habe ich dort getan: also an die deutsche Niederlassung der Veolia, was ein großes Wasserunternehmen aus Frankreich ist, geschrieben.

Holger Ellerbrock (FDP): Ist bekannt. Schönen Dank. – Ich gehe noch mal auf einen anderen Zusammenhang und komme später vielleicht noch mal darauf zurück.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Vielleicht können Sie erläutern, warum das Schreiben vertraulich war!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Remmel, wir stellen jetzt keine Fragen an Herrn Ellerbrock, sondern Herr Ellerbrock darf Fragen an den Zeugen stellen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Sie können sich ja gleich noch mal melden; dann kann man das ja noch mal erörtern.

Holger Ellerbrock (FDP): Das beantworten wir bei einer Tasse Kaffee draußen, Herr Remmel.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Herren! Wir machen mal nach dem Prinzip weiter: Ein Abgeordneter fragt den Zeugen. – Von daher ist jetzt der Herr Ellerbrock dran.

(Heiterkeit)

Holger Ellerbrock (FDP): Also: Herr Friedrich, ich habe eine Frage an Sie, die ich jetzt gerne stellen würde, nicht, dass wir die dann wiederholen müssen. Der Landesrechnungshof hat das Ministerium hinsichtlich der Mittelvergabe aus Mitteln der Abwasserabgabe befragt. Da hat es eine Antwort von Ihnen gegeben. Wie wird so eine Antwort eines Ministeriums normalerweise behandelt? – Frage 1.

Frage 2: Sie haben das Schreiben ja ohne Beteiligung der zuständigen Referate am Staatssekretär vorbei als Betroffener selbst beantwortet. Können Sie mal näher erklären, was Sie motiviert hat, an den Usancen und Vorschriften des Hauses vorbei solche Schreiben zu beantworten?

RA Oliver Doelfs: Die erste Frage, die Sie gestellt haben, ist, glaube ich, auch Gegenstand des Ermittlungsverfahrens. Und zwar geht es da ja um die Vergabep Praxis, insbesondere, ob die Vergabep Praxis dem § 13 Abwasserabgabengesetz widersprochen hat. Das würde also wieder das Ermittlungsverfahren betreffen. Von daher würde ich dem Herrn Dr. Friedrich dazu raten, diese Frage nicht zu beantworten.

Holger Ellerbrock (FDP): Der Prüfung entsprechend. In Ordnung. Und die Frage 2?

RA Oliver Doelfs: Die Frage 2 bitte ich Sie noch mal zu wiederholen.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich will zwei Quellen geben. Im Ausschussprotokoll 14/998 vom 13.11., Seite 6, hat der Herr Dr. Günther auf den Problemfall hingewiesen:

Dann stellte sich durch weitere Ermittlungen auch des Haushaltsreferates und Rückfragen heraus, dass von Herrn Dr. Friedrich entgegen allen Erlassvorschriften – die besonders streng sind im Haushaltsbereich und die sicherstellen sollen, dass Anfragen des Landesrechnungshofes korrekt und sachgerecht bearbeitet werden – an den vorgeschriebenen Dienstwegen vorbei diese anonyme Anzeige, die sich ausgerechnet auf das Projekt MAPRO bezog und erhebliche Vorhaltungen an die Verfahrensweise der Abteilung IV und an den Abteilungsleiter IV enthielt, ...

RA Oliver Doelfs: Das betrifft auch das Ermittlungsverfahren.

Holger Ellerbrock (FDP): Ja, aber vielleicht kann Herr Dr. Friedrich sagen, was seiner Kenntnis nach der übliche Weg zur Beantwortung solcher Anfragen aus dem Landesrechnungshof ist. Das ist ja eine Sache, die ein Abteilungsleiter im täglichen Geschäft hat. Das bezieht sich jetzt nicht auf MAPRO, sondern grundsätzlich: Wie wird so was beantwortet?

RA Oliver Doelfs: Ja, das bezieht sich aber auf seine Tätigkeit im Ministerium und wie er üblicherweise im Ministerium diese Dinge behandelt hat. Und da sagt das OLG ja unmissverständlich: Das muss er nicht sagen. – Deswegen würde ich ihm ...

Holger Ellerbrock (FDP): Aber das ist doch ...

RA Oliver Doelfs: ... – ich bitte um Ihr Verständnis, Herr Ellerbrock – auch raten, hierzu keine Angaben zu machen.

Holger Ellerbrock (FDP): Sie würden das raten. Aber was sagt er denn?

RA Oliver Doelfs: Er wird meinem Rat folgen. Aber wir können ihn das gerne selber fragen.

Holger Ellerbrock (FDP): Das fände ich schon mal nett, dass er die Gelegenheit nicht ergreift, selbst antworten zu können.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, ich folge der juristischen Einschätzung meines Anwaltes.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich habe nicht verstanden: Sie folgen oder Sie freuen sich?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich hatte gesagt – Entschuldigung, ich weiß nicht, wie es jetzt angekommen ist –, ich habe gesagt: folgen.

Holger Ellerbrock (FDP): Folgen. Ist in Ordnung.

(Zuruf: Das hat Herr Ellerbrock auch so verstanden!)

Im weiteren Zusammenhang ist von Ihnen das Vorgehen ... sind von Ihnen Fragen der Behörde als Nickeligkeiten bezeichnet worden: dass man bestimmte Sachen nachgefragt hat. Völlig zutreffend, würde ich auch so sehen: diese 13 Cent, die da in der Dienstreiseabrechnung sind. Gab es denn noch andere Nickeligkeiten im Zusammenhang mit Dienstreiseabrechnungen oder so, wo Sie selbst was unterschrieben haben? Sie haben ja irgendwas unterschrieben. Das heißt, Sie haben es ja für richtig erachtet. Sie haben auch gestern noch gesagt, dass Sie besonders sorgfältig bei Ihren dienstlichen Belangen vorgehen würden. Nehmen Sie doch dazu mal bitte Stellung.

RA Oliver Doelfs: Also ob es weitere Nickeligkeiten gab?

Holger Ellerbrock (FDP): Hm?

RA Oliver Doelfs: Ob es weitere Nickeligkeiten gab, ...

Holger Ellerbrock (FDP): Kleinigkeiten.

RA Oliver Doelfs: ... die über die Schilderung von gestern noch hinausgehen.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich hatte gestern gesagt, dass ich an die zwei größeren Dinge eine sehr gute Erinnerung habe, weil ich die auch damals ausgetauscht habe, bevor ich geantwortet habe, mit meinem Anwalt, dass ich aber aus der Erinnerung jetzt nicht die vielen kleinen anderen wirklich derzeit in Erinnerung bringen kann.

Es sind einige gewesen. Aber deshalb habe ich auch deutlich gemacht, angeboten: Ich habe diese Nickeligkeiten jeweils meinem Anwalt übergeben. Somit müsste aus der Handakte von Herrn Wille dieses darstellbar sein, aber leider nicht aus meiner Erinnerung, ja. Aber das ist dort festgehalten und ist deshalb objektivierbar auch zusammenzutragen. Aber meine Erinnerung schafft das nicht.

Holger Ellerbrock (FDP): Ich will Ihrer Erinnerung gerne helfen: unzulässigerweise ein Passwort Ihrer Sekretärin benutzt zu haben. Wie läuft so was ab?

(Der Zeuge bespricht sich mit seinem Rechtsbeistand.)

– Wenn Sie dann unterbrechen. Ich möchte nicht gern ...

RA Oliver Doelfs: Es besteht Beratungsbedarf.

Holger Ellerbrock (FDP): Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut, dann unterbrechen wir noch mal kurz.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. – Bitte schön, Herr Dr. Friedrich, Sie haben das Wort.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Der Sachverhalt ist der folgende:

(Unruhe bei der CDU)

Ich habe ein Handheld gehabt, von dem auch ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Darf ich die CDU-Fraktion um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten? – Herr Kollege Müller, Sie sind nicht oft hier; aber wenn Sie hier sind, dann hören Sie auch einmal zu. Da können Sie hier noch etwas mitkriegen. – Bitte.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: In dem Handheld ist der Terminkalender, und den wollte ich zur Vereinfachung, damit die Frau Soki den nicht immer abschreiben muss, weil es ja elektronisch geht, mit dem Rechner von Frau Soki abgleichen. Da habe ich zuerst die Systemadministration gebeten, dies zu ermöglichen. Dazu, damit das geht, muss der Systemadministrator die USB-Schnittstelle freigeben.

Die Systemadministration ist auch da gewesen. Wir haben gemeinsam, Frau Soki und ich, dieses Problem geschildert. Sie hat gesagt, sie möchte – auch, weil das eine Arbeitserleichterung ist –, dass ich das tue. Dann haben wir aber gesehen, die Systemadministratoren, dass dieser Datentransfer von dem Handheld in das Outlook auf dem PC von Frau Soki nicht möglich war, ohne das Passwort von Frau Soki zu benutzen, und die Systemadministration ist deshalb von uns beiden, das heißt, von Frau Soki und mir, darauf hingewiesen worden, wenn wir denn dann den Terminkalender von dem Handheld auf den Rechner herunterladen, dass dann auch das Passwort bekannt sein muss.

Es lag das Einverständnis von Frau Soki vor, und es lag auch Einverständnis der Administration vor. Ich gehe einmal davon aus – es war nicht meine Abteilung –, dass das Referat – das ist ein anderes als von Herrn Günther – auch hoffentlich über solche Dinge in der Abteilung I miteinander kommuniziert hat.

Holger Ellerbrock (FDP): Ist das üblich so, entspricht das der Erlasslage, dass man so vorgeht, das Passwort der Sekretärin zu benutzen?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich sagte gerade, dass nach dem Datenschutz die betreffende Person und die verantwortliche Systemadministration einverstanden war, und wenn die Systemadministration der Meinung gewesen wäre, dass das illegal ist oder nicht korrekt ist, dann wäre es nach dem Datenschutzgesetz ihre Pflicht gewesen, die Datenschutzbeauftragte darüber zu informieren.

(Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

Holger Ellerbrock (FDP): Im Sinne einer Fürsorge: Wer in der Administration hat Ihnen denn dann die Zulassung..., oder: Wer hat das bearbeitet?

Die konkrete Frage, die ich gestellt hatte, haben Sie nicht beantwortet: Entspricht das den Usancen, entspricht das den Vorschriften des Hauses, ein Passwort der Sekretärin benutzen zu können? – Frage 1.

Frage 2: ...

RA Oliver Doelfs: Entschuldigung, wenn ich Sie da eben unterbreche, aber was Sie jetzt von meinem Mandanten verlangen, ist eine rechtliche Bewertung.

Holger Ellerbrock (FDP): Nein, nein.

RA Oliver Doelfs: Dazu ist er nicht ...

Holger Ellerbrock (FDP): Entspricht das der Erlasslage? – Entschuldigung, wenn Sie ...

RA Oliver Doelfs: Nein, wenn Sie fragen, entspricht das der ...

Holger Ellerbrock (FDP): Gab es den Erlass? In Ordnung, einverstanden, Herr Rechtsanwalt. – Gab es einen Erlass, der dieses klärt, und wenn der Erlass da ist, in welcher Art klärt er das?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Da bin ich überfragt.

Holger Ellerbrock (FDP): Und wer hat Ihnen das dann erlaubt?

(Stephan Gatter [SPD]: Das wird schon ein anderes Individuum sein!)

RA Oliver Doelfs: Also, die Frage ist beantwortet.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, ich hatte die Fragen beantwortet, dass verschiedene Damen und Herren der Systemadministration da waren.

Die haben sich ja erst bemüht, das DV-technisch hinzubekommen, dass der Transfer ohne Problem möglich ist. Das war aber nicht möglich.

Es hat dort nach meiner Erinnerung drei oder vier Anläufe von unterschiedlichen Damen und Herren der Systemadministration gehabt, dies zu bewerkstelligen. Dann ist zwischen den Beteiligten diese Form des Datentransfers von dem Handheld auf das Outlook von Frau Soki vereinbart worden. Es ist also nicht eigenmächtig von mir alleine, auch nicht eigenmächtig von mir alleine in einer singulären Insellösung mit Frau Soki gemacht worden, sondern es war bekannt, dass wir dies so tun.

Holger Ellerbrock (FDP): Und wie hießen die Personen, die Ihnen das da nahegelegt hatten?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Da im Bereich der Systemadministration auch eine Fluktuation der Mitarbeiter war, kann ich das heute ... Sie waren mir nicht direkt unterstellt. Sie sind mir namentlich heute nicht mehr geläufig.

Holger Ellerbrock (FDP): Na ja, ich will ja nicht fragen: Wie sahen sie aus? Aber ein paar Namen werden ja wohl noch bekannt sein, Herr Dr. Friedrich.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

– Das ist ein Fragezeichen gewesen am Ende.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich kann mich jetzt wirklich ... Beschreiben, natürlich kann ich dieses. Das ist einmal ...

(Stephan Gatter [SPD]: Sagen Sie doch, ein dicker Schwarzhairiger!)

– Sie haben jetzt etwas gesagt. Sie haben in mein Hirn hineingesehen. Das wollte ich gerade sagen. Entschuldigung, aber das ...

Es war einmal ein etwas korpulenter Systemadministrator, dann einmal eine schlanke Frau, in der Haarfarbe zwischen ... Ich würde sagen, dunkelblond. Der dritte Systemadministrator war, wie ich das so innerlich aufgrund meiner ... (akustisch unverständlich) sagen würde, ein Dürrer.

(Vereinzelt Heiterkeit – Harald Giebels [CDU]: Wer hat es denn erlaubt?)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock, Sie sind weiter mit Fragen dran.

Holger Ellerbrock (FDP): Der nächste Punkt wäre natürlich, wer von diesen von Ihnen Beschriebenen Ihnen das dann erlaubt hat.

(Stephan Gatter [SPD]: Wollen Sie noch die Schuhgröße wissen?)

Aber ich glaube, es ist schon deutlich, was da im Hintergrund steht.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Stellen Sie doch einen Beweisantrag für den Dicken und den Dürren!)

– Da bin ich dabei, Herr Kollege Remmel.

In Fürsorge für den Eindruck, der hier im Raume nach Schilderungen von Mitarbeitern des Hauses in Bezug auf Ihre Personalführung entstanden ist, würde ich Ihnen gern Gelegenheit geben, diesen markanten Eindruck, der hinterlassen wurde, zu korrigieren. Beschreiben Sie doch bitte einmal Ihre Art der Personalführung.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Ist nicht angekommen, Ihre Frage!)

- Also, in Fürsorge für den Eindruck, der hier im Hause entstanden ist aufgrund von Berichten von Zeugen, möchte ich Ihnen gern Gelegenheit geben, den Eindruck Ihrer Personalführung, der sich hier verfestigt hat, zu korrigieren. Ich frage deswegen, Sie mögen doch bitte Ihre Art der Personalführung hier noch einmal darlegen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

RA Oliver Doelfs: Wir gehen noch einmal vor die Tür.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir unterbrechen noch mal kurz.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren, wir setzen die Beweisaufnahme fort. – Herr Dr. Friedrich, bitte schön.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Meine Personalführung war in erster Linie – das habe ich heute Morgen auch schon gesagt – von den sachlichen Erwägungen geleitet, dass eine ordentliche Arbeit, verantwortliche Arbeit abgegeben wird. Ich habe die Personalführung unter Leistungsgesichtspunkten gesehen. Wenn es dabei vorkommt – das sage ich natürlich selbstkritisch –, dass man dann auch mal dem einen oder anderen auf die Füße tritt, dann ist das durch die klaren inhaltlichen und leistungsmäßigen Vorgaben bedingt. Dies tut mir leid; aber intendiert ist es nicht gewesen, weil die Personalführung primär an fachlich-sachlichen Gesichtspunkten und eben leistungsorientiert ausgerichtet gewesen ist.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Zeuge, Sie haben immer Wert darauf gelegt, als Naturwissenschaftler in besonderem Maße präzise zu antworten. Sie haben zweimal gesagt, ihre Personalführung sei „in erster Linie“ sachlich orientiert gewesen, Sie haben wiederholt, sie sei „primär“ sachlich und leistungsorientiert gewesen. Was sind die anderen Beurteilungskriterien für Ihre Personalführung gewesen?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Da gebe ich Ihnen recht. Da habe ich nämlich nach „erstens“ das „zweitens“ unterschlagen. Es war erstens sachlich und zweitens leistungsorientiert. Sie haben vollkommen recht, es war eben bei mir vergessen wor-

den, das „zweitens“ einzufügen. Ich bedanke mich auch, dass das jetzt ordentlich von Ihnen korrigiert worden ist.

Holger Ellerbrock (FDP): Schönen Dank für das Lob! Das nehme gerne zur Kenntnis; ich freue mich, dass ich das den Akten dann entnehmen kann.

Im Zusammenhang mit PFT habe ich noch einmal eine Frage. Haben Sie sich mit dem hier anwesenden Kollegen Rimmel in dem Untersuchungszeitraum über den Problemkreis PFT ausgetauscht?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe mich in dem Zeitraum 2007/2008 über PFT mit einer großen Anzahl von Personen ausgetauscht. Darunter, aber in keinsten Weise besonders hervorgehoben, ist auch – „auch“ bitte unterstrichen – Herr Rimmel.

Holger Ellerbrock (FDP): Können Sie die Anzahl der Kontakte zu dem Kollegen Rimmel irgendwie ein bisschen quantifizieren, damit klar wird, was das „auch“ heißt?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Sie bekommen dort ja eine gute Vorstellung. Ich gehe davon aus, dass Sie ja auch umfänglich die Hauptakte und die entweder zerstörten oder noch vorhandenen E-Mail-Überwachungen angeschaut haben. Da glaube ich, dass es, wenn man jetzt die Hauptakte zur Hand nimmt und das ordentlich abzählt, eine bessere Form ist, um für einen Monat eine Auskunft zu geben, als wenn ich das jetzt aus dem Gedächtnis mache. Da hatte ...

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Zeuge, ich habe eine Frage gestellt. Sie brauchen mich nicht zu belehren, wie ich hier meine Fragen stelle.

(Stephan Gatter [SPD]: Nicht unterbrechen, ja? Wenn die Antwort nicht gefällt, nicht unterbrechen!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock, lassen wir den Zeugen erst mal ausreden, und dann können Sie noch einmal nachfragen. Machen wir es so, ganz gelassen.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Herr Vorsitzender, es war eigentlich ein Angebot zur Präzisierung. Ich kann das aus dem Gedächtnis wesentlich schlechter machen, als wenn Sie die Auswertung der TKÜ-Überwachung durch das LKA anschauen. Dass letztendlich ... Schauen Sie, Herr Vorsitzender, wenn ich jetzt sage, es sind zwölf gewesen, könnte es sein, Sie zählen nach und sagen: Es sind ja 17, ich sehe es hier. – Deshalb sage ich: Ich habe einen Eindruck. Herr Rimmel ist im Bereich der PFT-E-Mail-Kontakte nicht die dominante Person gewesen, was den Verkehr angeht. Ich würde aber einen Fehler machen, wenn ich jetzt versuchen würde, so zu quantifizieren, ob das sechs oder sieben E-Mails im Monat waren. Deshalb würde ich

doch als Richtschnur vorschlagen, die Auswertungen der TKÜ zu Rate zu ziehen, weil sie unmissverständlich, präzise und materiell fassbar sind.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Zeuge, schönen Dank für den verfahrensleitenden Hinweis, wie ich meine Fragen stelle. Ich möchte mir einen unmittelbaren Eindruck von Ihrer Erinnerung verschaffen. Deswegen habe ich bewusst den Begriff „ungefähr“ ...

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

– Ich wollte die Frage erst einmal zu Ende stellen, Herr Friedrich. Ich wollte Ihnen nur Gelegenheit geben, sich zwischendurch sachlich mit Ihrem Anwalt zu beraten.

Ich will mir also einen unmittelbaren Eindruck verschaffen, wie Sie die Situation in Erinnerung haben. Darum geht es.

Zeuge Dr. Harald Friedrich: Also auf die Gefahr, dass die Zahl vielleicht nicht exakt stimmt, aber die Größenordnung, dann würde ich im Jahre 2007 auf etwa fünf bis acht E-Mails im Monat kommen. Im Jahre 2007.

Holger Ellerbrock (FDP): Haben Sie in der Zeit eine wissenschaftliche Beratung auch von Medien vorgenommen im Problemkreis PFT?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Ellerbrock, jetzt muss ich aber einmal darum bitten – wenn ich diese Frage als zulässig betrachten soll –, hier den Bezug zum Untersuchungsauftrag herzustellen.

Holger Ellerbrock (FDP): Es hat ja wichtige und interessante Berichterstattungen mit interessanten, auch wissenschaftlich angeblich fundierten Details gegeben,

(Stephan Gatter [SPD]: Das war eine Wertung!)

die im Zusammenhang mit dem Vorwurf der politischen Einflussnahme stehen. Deswegen will ich hier die Verknüpfung prüfen, dass da nicht irgendwelche Verbindungen bestehen. Das ist eine Fürsorge für den Zeugen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ihr wolltet ja keinen PFT-Untersuchungsausschuss! Den können wir auch noch machen!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Also gut. – Bitte schön.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Vorsitzender, soll ich das noch näher in Verknüpfungsmöglichkeiten darstellen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, es wird jetzt klarer, danke. – Herr Dr. Friedrich, bitte schön.

Zeuge Dr. Harald Friedrich: Habe ich denn die Frage richtig verstanden: Ich möchte jetzt die Journalisten aufzählen, die mit mir über PFT kommuniziert haben?

Holger Ellerbrock (FDP): Nein, das haben Sie falsch verstanden. Ich habe abstrakt die Frage gestellt – deswegen bitte ich, auch zuzuhören –, gestellt, ob Sie eine wissenschaftliche Beratung von Medien im Zusammenhang mit PFT in dem Untersuchungszeitraum vorgenommen haben.

Ich bemühe mich, Ihnen keine Fragen zu stellen, die Sie persönlich in irgendwelche Schwierigkeiten bringen können. Das ist eine reine Fürsorgefrage.

Zeuge Dr. Harald Friedrich: Ich hätte mich auch in meiner Interpretation nicht in Schwierigkeiten gedrängt gefühlt. Ich habe ja nur gefragt, ob ich das verstanden habe. – Es hat viele informelle Beratungs-, Erklärungs-, Erläuterungsgespräche mit unterschiedlichen Journalisten aus unterschiedlichen Bundesländern gegeben. Wenn aber der Begriff „wissenschaftliche Beratung“ auch einen kommerziellen Vorgang unterstellt, dann hat es keine gegeben.

Holger Ellerbrock (FDP): Das ist doch eine Aussage; damit kann ich doch schon sehr gut ... – Herr Vorsitzender, dann habe ich jetzt erst mal keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut, vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Als Nächsten habe ich mich mal selbst auf die Fragerliste gesetzt. Ich habe auch noch eine Nachfrage an Sie, Herr Dr. Friedrich.

Herr Dr. Friedrich, haben Sie mal mit Herrn Staatssekretär Schink über Vergabemissstände gesprochen?

Zeuge Dr. Harald Friedrich: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Können Sie uns das etwas näher erläutern?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand. – Holger Ellerbrock [FDP]: Wenn Sie sich hier besprechen, ist mir das ausgesprochen peinlich! Ich würde sagen: Gehen Sie doch bitte raus! Das würde mich eventuell beeinflussen, weitere Fragen zu stellen!)

Herr Dr. Friedrich, möchten Sie eine kurze Unterbrechung? – Wir unterbrechen mal ganz kurz.

(Kurze Unterbrechung)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen die Sitzung fort. – Herr Rechtsanwalt Doelfs.

RA Oliver Doelfs: Also, wir verstehen Ihre Frage so, dass, wenn Sie nach Vergabemissständen fragen, es darum geht, ob es, ja, Unregelmäßigkeiten oder Unklarheiten bei der Vergabe von Aufträgen gab, die auch Gegenstand des Ermittlungsverfahrens waren. Diese Frage würde mein Mandant auf meine Empfehlung hin nicht beantworten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Nein, also meine Frage ...

RA Oliver Doelfs: Wenn Sie auf andere Vergabemissstände anspielen, die nicht Gegenstand der Ermittlungsverfahrens sind, würde ich Sie bitten, die Frage zu präzisieren, dann würden wir uns noch mal beraten wollen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Frage ist: Haben Sie mal Herrn Staatssekretär Dr. Schink darauf aufmerksam gemacht, dass Ihnen bei Vergaben generell Missstände im Ministerium aufgefallen sind?

RA Oliver Doelfs: Können wir darüber noch mal eben beraten? Nicht, dass Herr Ellerbrock ...

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, das verstehen Sie doch!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir unterbrechen noch mal kurz.

(Kurze Unterbrechung)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wir setzen die Beweisaufnahme fort. – Bitte schön, Herr Dr. Friedrich.

Zeuge Dr. Harald Friedrich: Ja, Herr Vorsitzender, ich werde diese Frage beantworten.

Mir ist erinnerlich, und eine große Sache war auch Teil meiner Hinweise, die ich zu meiner Verteidigung dem Rechtsanwalt Wille übergeben hatte und was Sie meiner Ansicht nach – ich kann es ja nicht beurteilen, weil ich ja nicht weiß, was Sie bekommen haben – auch in den MUNLV-Unterlagen haben müssten.

In der Folge der Umsetzung der Rahmenrichtlinie war mir aufgefallen, dass es oft enorme Schwierigkeiten im Datentransfer des Landesumweltamtes zu zentralen Stellen im Umweltministerium gab. Der damalige Abteilungsleiter I im LANUV, der jetzt Abteilungsleiter I im MUNLV ist, Herr Henrich, ...

(Zuruf von Gerd Stüttgen [SPD])

– Entschuldigung, habe ich etwas Falsches gesagt?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte, lassen Sie sich nicht beirren.

(Zuruf von der SPD: Ist ja richtig!)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Es hätte ja sein können. Entschuldigung, ich habe ja nur nachgefragt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Lassen Sie sich nicht abhalten.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Den hatte ich dann angesprochen, dass ich da enorme technische und auch, was die Geschwindigkeit anging, Defizite sah.

Herr Henrich hat mir dann vorgeschlagen, dass er – ich nenne es jetzt einmal salopp – eine Art Steckbrief für jedes Programm, das es im damaligen Landesumweltamt gab, macht.

Er hat mir dann nach diesem Steckbrief, wo immer auf der Seite 1 das Programm beschrieben war, auf Seite 2 die Aufträge, die – würde ich sagen – so von 1998 bis 2005 dort vergeben worden waren, dann die Firmen, die das bekommen haben, und auch eine weitere Tabelle, ob das freihändige Vergaben waren, ob das Ausschreibungen waren, ob das beschränkte Ausschreibungen waren, ob das Anschlussaufträge waren ...

Das hat er dann mit seinen Mitarbeitern zusammengestellt und im Jahr 2005 in – ich würde sagen – zwei oder drei Gesprächen mir dann insgesamt eine Ausarbeitung von 170 Seiten zur Verfügung gestellt.

Er hat dann in dem Gespräch mir selber gegenüber gesagt, dass er einen Schrecken bekommen hätte, nachdem er das nach der von mir geforderten Systematik ausgearbeitet hätte. Denn er stelle ja fest, dass über die Hälfte des Gesamtvolumens im Haus ja ständig freihändig und an die gleichen Firmen vergeben würde.

Diese Sache haben wir dann in 2005 zwischen dann Herrn Dr. Irmer, dem Präsidenten des LUA, dem Herrn Henrich als Abteilungsleiter I, der Frau Delpino und mir in mehrfachen Gesprächen erörtert.

Ich habe nach dem Regierungswechsel auch sofort den Staatssekretär auf diese Problematik hingewiesen.

Für das prominenteste Programm, das da sehr defizitär war aus diesen vielen Programmen des Landesumweltamtes, nämlich das Programm, mit dem die Bescheide nach Abwasserabgabengesetz und auch die Geldeinvernahme nach Abwasserabgabengesetz passieren, habe ich dann eine europaweite Ausschreibung veranlasst, um hier eine DV nach Stand der Technik etc. zu machen. Der Gutachter – aber das werden Sie alles, gehe ich einmal von aus, aus den Unterlagen haben –, das Beratungsbüro Mummert & Partner, hat darauf hingewiesen, dass das alte, was ich ja bemängelt habe, Programm auch die Unsicherheit hat, dass dem Land im Jahr zweistellige Millionensummen wegen der – ich sage einmal so – Defizite, die in dem Programm herrschten, verloren gehen könnten.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich frage deswegen nach, weil mir gerade heute im Laufe der Sitzung ein Artikel in der „Westfälischen Rundschau“ vom 4. Februar 2010 überreicht wurde. Ich habe gerade darum gebeten, dass der Artikel einmal kopiert wird, damit alle Mitglieder des Ausschusses den Artikel einmal haben.

(Ausschussassistentin Silvia Winands verteilt die Kopien an die Ausschussmitglieder.)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Kann ich das auch haben?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja sicherlich. Frau Winands, würden Sie dem Zeugen bitte gleich auch, nachdem die Abgeordneten ein Exemplar haben, eines geben.

(Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich erhält eine Kopie des Zeitungsartikels.)

Ich darf einmal eben zitieren aus der „Westfälischen Rundschau“ vom 4. Februar 2010:

Ex-Abteilungsleiter kritisiert Vergabep Praxis von Aufträgen

Friedrich sieht sich als Opfer.

Düsseldorf/Meschede. Die Festnahme eines früheren Abteilungsleiters im NRW-Umweltministerium sollte von einem Vergabeskandal ablenken. Diese These will der betroffene Beamte heute im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags vortragen. Und damit belegen, dass politische Einflussnahme hinter seiner strafrechtlichen Verfolgung steckt.

Die Software-Programme tragen Namen wie AbWag, Gen-DB oder LINOS. Mal sollten sie das Landesumweltamt bei der Berechnung der Abwasser-Abgabe unterstützen, mal beim Aufbau einer Datenbank. Die Software war nicht billig. 18,6 Millionen Euro wurden nach einer Aufstellung des damaligen Abteilungsleiters im Umweltministerium, Dr. Harald Friedrich aus Meschede, 1999 bis 2005 für Datenverarbeitungsprogramme ausgegeben. Knapp die Hälfte wurde ohne öffentliche Ausschreibung an zwei EDV-Firmen vergeben. Allein die Emprise-Consulting GmbH, mittlerweile insolvent, bekam den freihändigen Zuschlag für 6,7 Millionen Euro. Das geht aus Unterlagen hervor, die der WR vorliegen.

Die Programme seien schlecht und technisch unzulänglich gewesen – doch an der weiteren Beauftragung der Emprise-Consulting habe das nichts geändert, so Friedrich. Emprise habe der Behörde Systeme verkauft, deren Wartung und Weiterentwicklung nur sie selbst habe übernehmen können. So sei eine Situation entstanden, durch die die Firma sich regelmäßig Geld beim Landesumweltamt habe „abholen“ können.

Friedrich sagte, er habe u. a. NRW-Staatssekretär Alexander Schink auf die „Vergabemissstände“ aufmerksam gemacht und auf eine europaweite Ausschreibung gedrängt. Daraufhin sei ihm von Emprise gedroht worden, man werde ihn „politisch fer-

tig machen“. Tatsächlich sei er kurz darauf aus dem Ministerium entlassen worden, später folgten Festnahme und strafrechtliche Verfolgung.

Der Artikel geht dann noch weiter.

(Zuruf von der CDU: Lesen Sie doch weiter!)

– Ich lese auch gerne noch weiter vor:

Während der damalige Geschäftsführer der Emprise-Consulting keine Stellungnahme abgeben wollte, verwies die Nachfolgebehörde des Landesumweltamtes darauf, dass bei Fortführung von IT-Aufträgen, z. B. für Wartungsverträge, die Vergabe im Rahmen des Haushaltsrechtes freihändig erfolgen könne.

Daher meine Frage jetzt konkret dazu: Ist die Vergabe, nachdem Sie mit Herrn Staatssekretär Schink darüber gesprochen haben, verändert worden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Der Vorgang, dass ich diese Form der Datenzusammentragung, der Analyse, gemacht habe, veranlasst habe – habe ich ja gesagt –, ist in 2005 begonnen, weil das meine Reaktion darauf war, dass ich die vielen zeitlichen und faktischen Missstände bei der Wasserrahmenrichtlinie festgestellt hatte. Es hat ja dann auch ... So etwas kann man nicht in drei Wochen zusammenstellen. Deshalb habe ich gesagt, ich habe das von Herrn Henrich innerhalb von zwei bis drei Gesprächen bekommen. Das heißt, das Zusammentragen wird etwa ein Vierteljahr in Anspruch genommen haben. Das hat er sehr gründlich gemacht und wirklich nach einem einheitlichen System, sodass Sie dann immer, wenn Sie das von Programm zu Programm anschauen konnten, sofort auf den ersten Blick gesehen haben: Was war Entwicklung, was war Pflege, wer hat das bekommen, und nach welchem Vergabeverfahren ist das gewesen?

(Unruhe)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung, Herr Dr. Friedrich. – Ich darf die Kolleginnen und Kollegen bitten, ... Wir haben gleich noch Pause, bis die Sitzung fortgeführt wird. Dann können Sie sich beraten. Jetzt hören wir bitte mal dem Zeugen zu und stören nicht die Sitzung! – Bitte sehr.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: So.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Die Aufforderung gilt insbesondere auch für wissenschaftliche Referenten der Fraktionen. – Herr Dr. Friedrich, Entschuldigung. Bitte.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe ja gesehen, es hat erst mal mehrere Gespräche mit den Betroffenen gegeben. Natürlich hat das auch – jetzt wird das konkret nach den allgemeinen Fragen zuvor – dazu geführt, dass es dort eine harte Auseinandersetzung gegeben hat dazu, in der aber an der Stelle deutlich der Abteilungsleiter I auf der Seite des MUNLV stand in diesem Vierergespräch, weil er auch der Auffassung war, dass sich diese Form der Praxis, wie gesagt, die mir bis zu mei-

ner Nachfrage ja unbekannt war, dass die seiner Meinung nach im Landesumweltamt nicht so weiterginge, weil dadurch auch ein großer finanzieller Schaden entstünde.

Er hatte eher Sorge – er ist ja Jurist im Gegensatz zu mir –, dass die Umstände eigentlich viel schlimmer seien als das, was ich auch kritisiert habe, die Höhe der Gesamtausgaben.

Ich habe dann auch meines Wissens in der Erinnerung schon Ende 2005 Herrn Schink das Ganze vorgetragen, ganz sicher aber noch mal in 2006. Ich will nicht hundert Prozent an 2005 von der Erinnerung festhalten, aber ich weiß, wir haben ausführlich darüber gesprochen.

Da gibt es dann noch zwei Dinge, die zu bedenken sind, auf die dann, als ich das meinen Anwälten vorgetragen habe, ich hingewiesen worden bin, die etwas merkwürdig sind.

Ich konnte mich nämlich erinnern, dass, als diese anonyme Anzeige, die mich betrifft, gekommen war, ich ein Gespräch mit Herrn Henrich hatte, ihm die gezeigt habe, er mich anguckte, zwischen den Zähnen piff und sagte: Das sieht ja so aus, als käme die aus unserem Haus.

Die zweite Sache, die interessant ist: Ich hatte von diesem ganzen Vorgang, von diesen 170 Seiten, als ich quasi ausgesperrt wurde, auch eine Kopie zu Hause. Das heißt, ich habe diese 170 Seiten damals auch zur Vorbereitung zum Arbeitsgerichtsverfahren Herrn Wille zur Verfügung gestellt. Da ich insgesamt drei Ordner hatte – in Anführungszeichen – „Gedankenaustausch zwischen Mandant und Klient aus dem arbeitsgerichtlichen Verfahren“ und meine ganzen Regale ja leergeräumt wurden, ist Herr Wille – Entschuldigung –, Herr Doelfs damals bei der Hausdurchsuchung aufgetreten und hat das, wo er auf dem Rückenschild erkannte, wenn ich es richtig wiedergebe, was arbeitsgerichtliche Unterlagen waren, versiegeln lassen, weil er sagte, die durften nicht verwertet werden. Ich kann das nicht genau wiedergeben, weil ich zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr frei war, sondern in Polizeigewahrsam, sodass ich also zu dieser exakten Beschlagnahmung dieser Sache nichts sagen kann.

Als ich dann aber aus der Haftverschonung herausgekommen bin, ist eine weitere Merkwürdigkeit passiert: Viele von meinen persönlichen Unterlagen sind mir bis heute nicht wiedergegeben worden, aber ausgerechnet dieser Ordner in dem Termin bei der Asservatenrückgabe, mit dem Hinweis, er hätte noch nie so etwas Uninteressantes gelesen, ist mir wieder ausgehändigt worden. Ich will das nicht werten. Ich sage nur, dass meine beiden Anwälte mir sagten, dass sie das für merkwürdig halten, weil viel belangloseres Material bis heute zurückgehalten wird und ich an vielen Stellen gar nicht in der Lage bin, gewisse Dinge meines Büros fortzuerhalten, weil mir einfach die Schriftstücke fehlen. Aber dieses ist mir wieder ausgehändigt worden. Ich habe jetzt nicht den Termin. Herr Doelfs, war das Ende Juli? Da etwa muss der Bereich gewesen sein, wo mir die Asservate wieder ausgehändigt wurden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bis hierhin erst mal vielen Dank, Herr Dr. Friedrich. Ich habe noch einige weitere Fragen zu diesem Komplex. Wir können diese im

Augenblick jedoch nicht weiterbehandeln, da wir um 10 Uhr mit unserer Plenarsitzung beginnen. Die würde zwar auch ohne uns beginnen, ich bin jedoch gehalten, dafür Sorge zu tragen, dass alle Abgeordneten pünktlich an der Plenarsitzung teilnehmen können.

Wir unterbrechen daher jetzt die Sitzung und setzen sie heute um 17 Uhr fort. Wir treffen uns dann im SPD-Fraktionssaal E 3 D 01.

(Unterbrechung der Sitzung von 10:00 Uhr bis 17:30 Uhr)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch einmal herzlich begrüßen und setze hiermit unsere heutige Sitzung fort. Ich begrüße auch noch einmal Sie, Herr Dr. Friedrichs und Herr Rechtsanwalt Doelfs. Ich begrüße in unserer Runde ebenfalls die gerade frischgewählte Kollegin für diesen Ausschuss, Frau Monika Düker, als stellvertretendes Mitglied. Wir gratulieren Ihnen sehr herzlich zu dieser Wahl.

(Karl Kress [CDU]: Eine tolle Sache!)

Wir wollen jetzt mit der Fortsetzung der Beweisaufnahme beginnen. Herr Dr. Friedrich, ich darf Sie noch einmal an Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge erinnern. Die Belehrung von heute Morgen gilt natürlich auch noch heute Abend.

Wir waren stehengeblieben bei einer Frage von mir. Darauf hatten Sie dann eine Antwort gegeben, aber wir mussten dann ja um kurz vor zehn die Sitzung unterbrechen.

Ich möchte deswegen noch einmal nachfragen. Ich hatte mich ja auf den Artikel in der „Westfälischen Rundschau“ vom heutigen Tage bezogen, in dem steht, dass Ihnen von der Firma EMPRISE gedroht worden sei, man werde Sie politisch fertigmachen. Können Sie uns bitte noch einmal erläutern, welche Anhaltspunkte es für Sie gab, dass Sie politisch fertiggemacht werden sollten?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Die Problematik war die: Nachdem ich die ausführliche Ausarbeitung von den 170 Seiten – alle DV-betreffende – von Herrn Henrich, dem damaligen Abteilungsleiter I des LUA – damals hieß es LUA –, bekommen habe, haben wir uns erst mal mit den Datenverarbeitungsprogrammen beschäftigt, die sehr aufwendig und sehr teuer sind. Eines davon war das Programm zum Abwasserabgabengesetz, das heißt zu Geldeinvernehmen, Bescheiderstellung, Verwaltung, also dem ganzen Einnahmesystem für die Abwasserabgabe.

Dieses Programm war technisch, so wie wir es analysiert haben, auf einem sehr alten Stand. Wir haben es deshalb von einem externen Dritten untersuchen lassen. Die Vergabe für diesen externen Dritten ist mit europaweiter Ausschreibung geschehen, und da sind noch Dinge sehr viel mehr zutage getreten, als ich, sagen wir mal, in dieser Analyse zusammen mit Herrn Henrich feststellen konnte.

Ich bin dann – ich kann mich jetzt nicht entsinnen, wer dieses gewesen ist – aber von Mitarbeitern des damaligen LUA darauf hingewiesen worden, dass in einem kleinen Kreis der Geschäftsführer der Firma EMPRISE, Herr Regenbogen, eine solche Dro-

hung ausgesprochen haben soll. Sie ist nicht von ihm mir gegenüber ausgesprochen worden. Ich habe Kenntnis davon bekommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigen Sie, über wen haben Sie da Kenntnis bekommen? Über welche Person haben Sie das gehört?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Mitarbeiter des Landesumweltamtes, wobei ich mich jetzt aber nicht mehr direkt daran erinnern kann, wer dieses gewesen ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gab es konkrete Anhaltspunkte dafür, dass sie dann politisch fertiggemacht worden sind?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich sage einmal so: Die Kenntnis über diese Auseinandersetzung über die Datenverarbeitungssoftware zum Abwasserabgabengesetz ist nicht sehr weit weg von dem Juni 2006. Ich sehe die in dem Bereich – aber auch wieder mit der Unsicherheit von einem Monat – von März/April.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Welchen Zusammenhang sehen Sie denn da jetzt zwischen diesem Ausspruch von Herrn Regenbogen, was Sie mutmaßlich gehört haben, und der Kündigung Ihres Arbeitsverhältnisses?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das, was zusammengetragen worden war, hätte ja dazu führen müssen, dass man dementsprechend Folgen oder – sagen wir es einmal so – Reaktionen einleitet, die eine ganze Menge an damals vorhandenen Datenverarbeitungsstrukturen im Landesumweltamt empfindlich verändern würden. Das bedeutet natürlich auch, dass das, wenn etwas verändert würde, eine ganze Menge Mitbewerber auf den Markt bringt, weil dann eine freihändige Vergabe, die hier ja bei dem Abwasserabgabengesetz viele Jahre passiert war, nicht mehr möglich ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich frage noch einmal nach. Mir ist der Zusammenhang noch nicht so ganz deutlich geworden.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Okay. Ich darf in die Unterlage schauen, die ich damals auch dem Herrn Wille gegeben habe. In den Bereich der – einen kleinen Moment – Entwicklung für die Software für das Abwasserabgabengesetz sind nach den Aufstellungen des Landesumweltamtes von 1999 bis 2005 5,583 Millionen € geflossen und in dem gesamten Zeitraum freihändig an die gleiche Firma vergeben worden. Das ist – wenn ich es so sagen darf – bezogen auf das Gesamtvolumen, das dem Landesumweltamt für die DV zur Verfügung stand, ein sehr großer Anteil, der hier über diese Jahre von einem einzigen Büro besetzt war.

Durch die europaweite Ausschreibung mit dem Consultant, erst einmal das ganze Programm zu beurteilen, dem MUNLV auch zu empfehlen, was denn moderne Software ist, was moderne Struktur ist etc., wurde natürlich die weitere Verwendung die-

ser Software völlig neu bewertet, und das bedeutete auch für den, der sich dort – wenn ich es so sagen darf – eingenistet hatte, dass in diesem Bereich dann mit der neuen Vergabe Wettbewerb herrscht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wem haben Sie denn alles darüber berichtet, dass die Software von dieser Firma nicht das Ideale ist?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Wir haben – das hatte ich gesagt – über die gesamten Defizite in diesem DV-Bereich mehrere Gespräche – ich meine diese Vierer-gespräche, die ich schon heute Vormittag angesprochen habe – mit Dr. Irmer, Herrn Henrich, Dr. Friedrich und Frau Delpino gehabt. Und mit dem Laufen der Entwicklung oder der Beurteilung einer neuen adäquaten zeitgemäßen Entwicklung für die Abwasserabgabe hat es im Haus Arbeitsgruppen gegeben. Über diese Entwicklung, was denn dort der Consultant herausgefunden habe, hat es mehrere Vorlagen an den Staatssekretär gegeben. Ich erinnere mich, eine war von mir selbst und eine von dem Referatsleiter Odenkirchen zu dieser Sache. Ich erinnere mich auch daran ... Jetzt möchte ich mich gerne beraten, weil ich die Hauptakte zitiere. Darf ich ganz kurz?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte sehr.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand.)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Es gibt einen Vermerk in der Hauptakte, wo festgehalten ist, dass sich der Personalrat beim Staatssekretär darüber beklagt, dass es die Arbeitsgruppe gibt und der externe Consultant Befragungen im Landesumweltamt durchführt. Somit sehen Sie, dass es nicht eine geheimnisvolle Aktion von ein, zwei, drei Leuten war, sondern dass der Consultant sehr breit in die Abteilung im Landesumweltamt eingebunden war, dort die Damen und Herren ordentlich interviewt hat, wo denn Probleme mit der Systematik sind. Dies ist wiederum zusammengefasst worden. Dazu gibt es mindestens zwei Vorlagen – nach meiner Erinnerung – an die Hausspitze.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie hat denn die Hausspitze auf die Vorlagen reagiert?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nach meiner Erinnerung ist ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär, Dr. Irmer und mir anberaumt worden, das aber mehrmals verschoben wurde. Es ist einmal kurz andiskutiert worden, es hätte aber weiterer Termine bedurft, um alles von Anfang bis Ende zu erörtern. Ich kann darüber aber nicht mehr Auskunft geben, weil ich dann – zeitlich gesehen – nicht mehr im MUNLV war.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie persönliche Gespräche mit Herrn Staatssekretär Schink oder Herrn Minister Uhlenberg über diese Problematik geführt?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe Gespräche über den Fortgang der Analyse des Consultants über die Software zu dem Abwasserabgabengesetz mit dem Staatssekretär geführt. Das ist auch in den Vermerken der sogenannten Vieraugengespräche vermerkt. Es gibt zwei ausführliche Vorlagen zu der Gesamtproblematik.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie war die Reaktion des Staatssekretärs darauf?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Die Reaktion war, dass ein solches Gespräch anberaumt wurde. Das erste Gespräch hat auch stattgefunden, wurde aber dann wegen Zeitmangels abgebrochen, weil einfach die Zeit davonlief. Um die Dinge ordentlich abzarbeiten, das heißt mit all den Facetten, die dort zu erörtern sind, hätten weitere Gespräche erfolgen müssen. Die hat es aber nicht gegeben, jedenfalls nicht mit mir. Ich weiß aber aus dem Kalender des Staatssekretärs, der auch immer an die Abteilungsleiter verteilt wird, dass es Einzelgespräche von Herrn Irmer mit dem Staatssekretär gegeben hat. Meiner Erinnerung nach hat es auch Einzelgespräche von Herrn Regenbogen mit Herrn Staatssekretär gegeben.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie noch, wann ungefähr oder genau das erste Gespräch mit dem Herrn Staatssekretär zu dieser Thematik war?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Innerhalb eines Vieraugengesprächs auf die Problematik hingewiesen wurde meiner Erinnerung nach in 2005. Die Gespräche Irmer/Friedrich/Dr. Schink haben meiner Erinnerung nach erst in 2006 stattgefunden. Da mag ich aber vielleicht auch um einen Monat danebenliegen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie noch einzelne Erinnerungen an das Gespräch? Wie ist das Gespräch abgelaufen? Haben Sie die Situation geschildert? Was hat der Staatssekretär dazu gesagt? Gab es weitere Anweisungen in Besprechungen, wie man weiter vorgeht?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das erste Gespräch mit dem Staatssekretär dazu war derart, dass er sich ausführlich von mir hat berichten lassen, die Information gesucht hat und zugehört hat, was ich vorgetragen habe. Ich habe dann vorgeschlagen, das Gespräch zusammen mit dem LUA zu führen. Das ist dann auch angesetzt worden. Aber dieses Gespräch, muss ich ehrlich sagen, war wenig ergiebig, weil es nicht zu einem detaillierten, was die Problematik angeht, Gespräch in Gänze gekommen ist. Es hat angefangen und ist dann aus Zeitmangel abgebrochen worden. Um das Ganze ordentlich zu Ende zu führen, zwischen den beiden Häusern zu erörtern, hätte es weiterer intensiver Gespräche bedurft.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben diese Gespräche dann auch stattgefunden, gegebenenfalls ohne Sie? Haben Sie Kenntnis davon, dass so etwas passiert ist?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Davon habe ich keine Kenntnis. Ich bin ja im Mai 2006 in Urlaub gegangen, und danach konnte ich das Haus nicht mehr betreten. Ich weiß nichts über weitere Erörterungen über die DV zwischen Herrn Dr. Irmer und Herrn Dr. Schink. Ich weiß auch nichts über den Fortgang, was aus dem Gesamtgutachten der Firma Mummert & Partner zum Design und zur Struktur einer neuen Software zum Abwasserabgabengesetz geworden ist.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wissen Sie denn, wann die Zusammenarbeit mit der Firma EMPRISE beendet worden ist – und aus welchem Grunde?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nach meiner Kenntnis bis zu meinem Ausscheiden hat es weiter Beauftragungen und Entwicklungsarbeit von EMPRISE gegenüber dem LUA gegeben. Bis zu meinem Ausscheiden waren die also im Haus des Landesumweltamtes.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Jetzt haben Sie ja gesagt, dass Sie dem Staatssekretär eine europaweite Ausschreibung empfohlen hatten. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe ihn über dieses Ausschreibungsverfahren, bevor es durchgeführt wurde, informiert; denn über eine europaweite Ausschreibung, die ein Ministerium macht, sollte die Hausspitze natürlich schon Bescheid wissen. Das heißt: Es hat eine Vorlage gegeben, dass das jetzt europaweit ausgeschrieben wird. Nach der Kenntnisnahme durch die Hausspitze hat auch diese europaweite Ausschreibung stattgefunden.

Als diese dann abgeschlossen war und der Gewinner ausgelobt worden ist – was in diesem Fall Mummert & Partner war –, hat es dann die Einrichtung einer Arbeitsgruppe gegeben, an der Mitarbeiter des Landesumweltamtes, des Ministeriums etc. beteiligt waren, sodass das weitere Vorgehen auch in der personellen Breite zwischen Landesumweltamt und MUNLV erörtert worden ist.

In dem Moment, als diese Untersuchung lief, war das also nicht mehr eine Operation, von der nur wenige Leute Bescheid wussten, sondern seit es diese Durchführung von Mummert & Partner gab, waren, würde ich jetzt schätzen, mindestens 25 Personen in die Begleitung dieses Projektes in beiden Häusern eingebunden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sind Ihnen denn Unregelmäßigkeiten bei der Begleitung des Projekts im Ministerium aufgefallen?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Bei diesem Projekt nicht. Also bei diesem Projekt, das Mummert & Partner hatten, nein.

Mir ist aber aufgefallen, dass es enorme emotionale Widerstände seitens des Landesumweltamtes gab, Fragen, die der Consultant einigen Mitarbeitern gestellt hat, zu beantworten, bzw. auch Widerstände gegeben hat, ihm einiges über die EDV-Struktur, wie sie denn im Landesumweltamt abläuft, transparent vorzulegen. Das ist bis zu mir gedrungen, weil natürlich der Auftragnehmer dann gesagt hat: Wenn Sie nicht dafür sorgen, dass auch uns die Antwort gegeben wird, wenn wir diese Fragen stellen, sind wir nicht in der Lage, diese Arbeit auch durchzuführen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich nehme noch einmal Bezug auf den Zeitungsartikel von heute Morgen.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Dann möchte ich noch einmal hineinschauen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja, bitte.

(Der Zeuge nimmt Einblick in seine Unterlagen.)

Es ist nur die Überschrift, die ich zitieren möchte: Ex-Abteilungsleiter kritisiert Vergabep Praxis von Aufträgen.

Zur Klarstellung würde ich Sie gerne noch einmal bitten, zu sagen, ob diese Aussage der Zeitung in der Überschrift zutreffend ist. Haben Sie das kritisiert oder kritisieren Sie die Vergabep Praxis von Aufträgen?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe zusammen mit Herrn Henrich in Bezug auf die Vergabep Praxis der Datenverarbeitung im Landesumweltamt kritisiert, dass ein so hoher Anteil bezogen auf die Gesamtkosten reine freihändige Vergabe oder Folgeaufträge sind. Das habe ich kritisiert.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wann war diese Kritik?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Diese Kritik hat schon im Jahre 2005 angefangen. Ich hatte ja gesagt, dass diese 170 Seiten nicht auf einmal erstellt worden sind, sondern dass es da, ich gehe davon aus, zwei oder drei Übergabetermine von Herrn Henrich an mich gegeben hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Mich würde jetzt schon interessieren, ob das vor Juni 2005 oder nach Juni 2005 war.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Der Beginn ist eindeutig vor Juni 2005.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hat sich an der Vergabe denn seit Juni 2005 etwas verändert – und wenn ja, wann?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nein, es hat mich ja erst einmal eine Zeit gekostet, das so zusammentragen zu lassen. Wir haben dann miteinander im MUNLV in der Abteilung beraten und, um dieses für die Zukunft abzustellen, uns erst einmal mit dem gravierendsten Block, dem teuersten Block, nämlich der Datenverarbeitung für das Abwasserabgabengesetz, auseinandergesetzt, weil das ja das drängendste Problem war. Uns war nämlich klar: Wenn es hier wirklich Probleme gibt, betrifft das nicht nur das Zusammentragen von Umweltdaten; denn das war ja das Vereinnahmungssystem, um das Geld nach Abwasserabgabengesetz einzutreiben. Wenn es dort Fehler gibt, muss man sich doch erst einmal mit diesen auseinandersetzen – und dann vielleicht mit denen, die in der Prioritätenskala danach kommen.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Hatten Sie denn Anhaltspunkte, dass mit Ihrer Kritik im Umweltministerium nicht ernst umgegangen worden ist?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der damals von mir geleiteten Abteilung IV haben mit großer Energie daran gearbeitet, insbesondere was die Begleitung und auch die Führung von Mummert & Partner durch Herrn Odenkirchen anging. Ich meine auch, richtig zu erinnern, dass es da auch eine ausführliche oder auch eine gute Zuarbeit aus dem Referat von Herrn Dr. Mertsch gegeben hat.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Das war jetzt die Situation in der Abteilung. Und wie ist außerhalb der Abteilung IV mit Ihrer Kritik umgegangen worden? Gab es Anhaltspunkte dafür, dass Ihre Kritik nicht beachtet werden sollte, nicht beachtet wurde?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich kann, weil es ja keine Berichtspflichten von Mitarbeitern außerhalb der Abteilung gegenüber dem Abteilungsleiter gibt, dazu nichts sagen. Ich kann es nur bezogen auf die Abteilung IV, die mir unterstand, sagen, und dort ist in großer Ausführlichkeit und auch mit großer Ernsthaftigkeit diese Sache angegangen worden.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich frage noch einmal die Reaktionen außerhalb Ihrer Abteilung ab, die der Hausspitze.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ach so.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Da gibt es ja jetzt zwei Möglichkeiten, etwas vereinfacht. Da sagt man Ihnen entweder: Mensch, prima, Herr Friedrich, machen Sie mal weiter, machen Sie mir eine Vorlage, da müssen wir etwas ändern. – Das ist ei-

ne Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist vielleicht: Oh, Herr Friedrich, davon lassen wir mal lieber die Finger. – Ich sage einmal, das wären ja mögliche Reaktionen, einmal als Beispiel. Haben Sie da Reaktionen gehabt?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe ja zuerst informiert, ich habe weiter informiert. Der Hinweis, dass ich weiter informieren soll, der ist klar da. Es hat aber, solange ich damit befasst war, nicht die Reaktion gegeben, dass ich es nicht weitermachen sollte.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann habe ich noch zu einem anderen Punkt eine Frage. Sie hatten heute Morgen von einem Gespräch mit Herrn Henrich berichtet; da ging es um diese anonyme Anzeige.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Sie sagten – ich darf jetzt schon einmal aus dem vorläufigen Protokoll, Seite 37, von heute Morgen zitieren; das können Sie noch nicht haben, aber die Kollegen haben es schon –: ... er mich anguckte, zwischen den Zähnen pfiiff – also, er ist jetzt Henrich – und sagte, das sieht ja so aus, als käme die aus unserem Haus.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja. Damit war seines gemeint, also das Landesumweltamt.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ja. Ist darüber noch näher gesprochen worden? Ist der Sache nachgegangen worden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich habe zu Herrn Henrich gesagt: Wenn so etwas anonym passiert, dann kann man auch mit der Aufklärung da nicht weiterkommen. Ich habe gesagt: Ich habe es Ihnen hier gezeigt, habe Sie informiert. Wir werden das ordentlich beantworten. – Also, ich habe ihm gesagt, er möchte darüber nicht weiter bei sich im Hause rumoren, es würde vonseiten unseres Hauses ordentlich bearbeitet. Ich habe aber auch zu erkennen gegeben, dass mich diese seine Reaktion nachdenklich macht.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wie hat er dann darauf reagiert?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das habe ich jetzt nicht ... Also, ich habe jetzt dazu kein Gedächtnis. Ich weiß, dass es am Ende eines längeren Gespräches war, und wir haben ... Nach dieser Präsentation dieser anonymen Anzeige war auch das Gespräch beendet. Also, um es so zu sagen: Kurz bevor er aufstand, haben wir darüber gesprochen, weil wir einfach beide auf die Uhr schauten und feststellten, die

Zeit war abgelaufen, die wir uns vorgenommen hatten für dieses gemeinsame Gespräch.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Der Sache ist dann nicht noch einmal nachgegangen worden, oder ist der Sache weiter nachgegangen worden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das entzieht sich wieder meiner Kenntnis aufgrund dessen, wenn ich jetzt sage, ich bin mit Mai ja dann nicht mehr im Haus gewesen; 2006 meine ich, Mai 2006.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Dann habe ich noch eine Frage zu Ihrem arbeitsgerichtlichen Verfahren. Aus welchen Gründen haben Sie denn damals einem Vergleich zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses zugestimmt?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Dazu muss ich jetzt ein paar Minuten ausführen. Ist das okay?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das war natürlich eine längere Diskussion zwischen mir und meinem Anwalt. Ich gehe davon aus, dass Ihnen klar ist, dass ich erst einmal primär daran interessiert war, ...

(Dem Vorsitzenden werden Unterlagen zugereicht.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Entschuldigung; ich höre zu.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: ... dass ich primär daran interessiert war, dieses fortzusetzen. Ich sage, nach dem dritten Gespräch über diese Auseinandersetzung hat dann auch Herr Wille einmal angehoben und gesagt: Jetzt lassen Sie uns doch mal bitte die reine Juristerei zur Seite legen. Ich sage Ihnen einmal meinen Eindruck. Was macht eigentlich hier Sinn? Wohin wollen wir eigentlich kommen?

Dann haben wir sehr intensiv darüber gesprochen, ob es nicht auch vernünftig sei, ein Ausscheiden mit Würde ins Auge zu fassen, mit Vergleich. Also, hier hat der Anwalt, sagen wir so, erst einmal das primäre oder das originäre Bestreben seines Mandanten mit einer rationalen – ich würde sagen, erfahrungsgemäß pragmatischen – Lebenserfahrung angereichert und hat mir dann doch empfohlen, dass er das für sinnvoller hält. Denn wenn man alle diese Dinge, die in diesen Schreiben oder Schriften zwischen dem Anwalt des Ministeriums und meinem Anwalt ausgetauscht werden würden, betrachte, dann könne er nicht erkennen, dass da in der Zukunft – ich will jetzt nicht einen falschen Ausdruck gebrauchen; ich glaube, er hat gesagt, eine gedeihliche oder so ähnlich – Zusammenarbeit möglich sei.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gut, vielen Dank. Ich habe jetzt im Augenblick keine Fragen mehr an Sie, Herr Dr. Friedrich.

Als nächste Wortmeldung aus der heute Morgen stattgefundenen Sitzung steht Frau Watermann-Krass noch auf der Liste hier. Sie hat aber gesagt, sie kommt etwas später. Insofern ziehe ich jetzt die nächste vorliegende Wortmeldung vor: Herr Kollege Kress hatte sich noch gemeldet.

Karl Kress (CDU): Herr Friedrich, ich bin jetzt auch etwas überrascht; ich war es auch, als ich heute Morgen den Zeitungsartikel zur Kenntnis genommen habe. Der Vorsitzende hat diesen Zeitungsartikel ja hierhergebracht. In dem Zeitungsartikel – Sie haben es ja dann auch bestätigt – gibt es massive Vorwürfe, was die Vergabemissstände angeht. Sie haben sich sowohl heute Morgen wie auch im Artikel auf die Jahre 1999 bis 2005 bezogen. Ist denn die damalige Hausspitze – das sind ja enorme Summen, die hier ausgegeben worden sind – informiert worden?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Hm.

Karl Kress (CDU): Haben Sie keinerlei ... Ist damals auch schon informiert worden über die Vergabemissstände?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Hm.

Karl Kress (CDU): Könnten Sie das einmal konkreter schildern? Frau Höhn, Frau Friedrich, Frau Dr. ...

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ja. – Ich hatte heute Morgen ausgeführt, dass ich auf diese systematische Untersuchung in der DV ja mit der Bestandsaufnahme zur Europäischen Rahmenrichtlinie gekommen bin. Da habe ich festgestellt, dass es zu meiner Verwunderung, obwohl da doch große Mittel – ich kannte ja den Haushalt des Landesumweltamtes –, zur Verfügung gestellt werden, offensichtlich, wenn es darauf ankommt, Schwierigkeiten gibt. Das war mein Beweggrund, Herrn Henrich zu bitten, nach einer Art allgemeinen Steckbrief alle DV, die es dort gibt, einmal zusammenzutragen.

Über dieses erste Ergebnis ... Aber bis zur Landtagswahl waren diese 170 Seiten nicht fertig. Ich habe ja gesagt, es sind mir in zwei, eventuell drei Gesprächen – das kriege ich nicht mehr in der Erinnerung hin –, jedenfalls nicht in einem Gespräch von Herrn Henrich die vollständigen 170 Seiten übergeben worden. Ich habe in einem Termin bei der damaligen Ministerin Höhn auch gesagt, dass ich daran sitze, und auch ausdrücklich gesagt, dass ich es schon sehr, sehr gut finde, mit welcher Verve und Geschwindigkeit Herr Henrich das zusammenträgt. Das war aber bis zum Mai 2005 nicht ganz abgeschlossen.

(Stephan Gatter [SPD]: Das ist außerhalb des Untersuchungszeitraums!)

Karl Kress (CDU): Ich wiederhole das, was Sie heute Morgen gesagt haben: Die Ausschreibung zur Untersuchung der Neustrukturierung der Verfahren zur Festsetzung der Abwasserabgabe und des Wasserentnahmegesetzes geschah bis zum Juni 2005. Das ist richtig?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Hm.

Karl Kress (CDU): Ja. – Dann habe ich noch einmal, weil Sie das jetzt mit den Ausschreibungen angesprochen haben ... Ich habe mich gar nicht darauf eingestellt, das noch einmal anzusprechen, weil das ja vor dem Untersuchungsauftrag liegt; aber nach der Presseberichterstattung und der Diskussion hier denke ich, dass wir das noch einmal ansprechen müssen.

Wir haben hier häufiger das Korruptionsbekämpfungsgesetz, das das Land Nordrhein-Westfalen seit 2004 in vorbildlicher Weise vorhält, zitiert. Ich darf Sie aufmerksam machen auf IM 18, Seite 8862. Das ist der Beschluss des Amtsgerichtes Wuppertal. Da wird das Vergabeverfahren angesprochen, Unterlagen, die die Firma KIT eingereicht hat. Hier wird ganz konkret der Rahmenvertrag zur Erstellung von Computerleistungen angesprochen. Da wird Ihnen ja vorgehalten, dass Sie die sehr freihändig vergeben hätten und sogar die Unterlagen von einem Mitbewerber unterdrückt hätten. Können Sie dazu etwas sagen?

RA Oliver Doelfs: Das betrifft das Ermittlungsverfahren. Da rate ich dem Herrn Dr. Friedrich, weiterhin hier im Untersuchungsausschuss keine Angaben zu machen.

Karl Kress (CDU): Dann darf ich noch auf einen Satz kommen, weil er mich wirklich bewegt. Sie haben ein Protokoll weitergereicht an die Firma KIT, ein Protokoll des Geologischen Landesamtes, in dem es auch um die Erstellung von Daten geht. Das ist der Schlusssatz. Ich nehme nur den Schlusssatz; Sie finden es bei IM 20, Seite 9620.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kress, warten Sie mal eben, damit wir das heraussuchen können. Von wann ist das Protokoll denn?

Karl Kress (CDU): Das ist vor dem Untersuchungszeitraum.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Wollen Sie sich das überlegen, ob wir an dieser Stelle weitermachen?

Karl Kress (CDU): Ich würde ihn gerne hören, weil das zu den Vergaben insgesamt gehört. Wenn sich jetzt herausstellt, dass das, weil es nicht namentlich unterzeichnet ist – hier ist nur eine Maschinenunterschrift „gez. Dr. Friedrich“ –, nicht von ihm ist, dann ist das erledigt.

(Referent Peter Knitsch [GRÜNEN-Fraktion]: Sagen Sie noch einmal die Fundstelle?)

– JM 20, 9620.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kress, jetzt, da ich das Schriftstück sehe, erinnere ich mich, dass wir uns darüber schon einmal unterhalten haben. Das ist ein Fax aus dem Jahr 2000. Damals, meine ich, hatten wir uns darauf verständigt, dass das deutlich außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt.

Karl Kress (CDU): Ich habe ja die Frage noch gar nicht gestellt. Ich wollte auch nur den letzten Satz zitieren. Wenn Herr Dr. Friedrich das nicht gezeichnet ... Hier steht: „gez. Dr. Friedrich“. Aber ich weiß nicht, ob er es auch wirklich so abgesetzt hat. Hier steht drin:

Anbei ein Protokoll des Geologischen Landesamtes. Dies ist vertraulich und eigentlich nur verwaltungsintern. Bitte schauen Sie hinein! Aber bitte haben Sie dies niemals in Besprechungen dabei! Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag gez. Dr. Friedrich.

Wenn da steht „Im Auftrag“, dann weiß ich nicht ...

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Kress, ich muss den Zeugen darauf aufmerksam machen, dass dies ein Schriftstück ist, das deutlich außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt. Nach meiner Einschätzung, Herr Zeuge, brauchen Sie darauf nicht zu antworten.

Karl Kress (CDU): Das nehme ich zur Kenntnis. Dann habe ich im Moment auch keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Herr Gatter hatte sich gemeldet.

Stephan Gatter (SPD): Wir waren ja eben bei der Frage, inwieweit denn die Kritik vom Zeugen auch im Ministerium umgesetzt worden ist. Jetzt gibt in MUNLV, Band 2, Seite 176 einen handschriftlichen Vermerk von Herrn Irmer über zwei Besprechungen, eine vom 17.11.05, an der auch der Zeuge und der Staatssekretär und Frau Delpino teilgenommen hatten. Ich möchte gerne, dass Sie das dem Zeugen einmal zeigen. Darunter ist noch einmal handschriftlich von Herrn Irmer eine Zusammenfassung einer Besprechung vom 06.01.06 gemacht worden, wo drin steht, dass LUA-kritische Teile dieses Gutachtens nicht weiter verfolgt werden sollten.

Er möchte sich das bitte einmal angucken, und dann hätte ich eine Frage dazu.

(Der Zeuge nimmt einen Aktenordner mit an den Zeugentisch.)

Stephan Gatter (SPD): Mir geht es konkret um den letzten Teil dieses handschriftlichen Vermerks, in dem es heißt, es hätte am 6. Januar noch ein Gespräch mit dem

Staatssekretär stattgefunden. Dann wäre Folgendes entschieden worden. – Kennen Sie diesen Termin?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich muss gestehen, Herr Abgeordneter, dass ich diesen Brief, also das, was getippt ist, meiner Erinnerung nach jetzt zum ersten Mal gelesen habe. Jetzt muss ich mich natürlich ... Der 17. November trifft etwa meine Erinnerung, dass ich gesagt habe: Da war im vierten Quartal so etwas.

Jetzt muss ich mal kräftig nachdenken. Ich meine, an diesen Gesprächstermin kann ich mich persönlich nicht erinnern.

Stephan Gatter (SPD): Jetzt nicht in dem Sinne, dass es den Gesprächstermin gab, sondern dass Sie überhaupt nicht wussten, dass es diesen Gesprächstermin gab?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich hatte Sie so verstanden: ob ich daran teilgenommen hätte.

Stephan Gatter (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Das würde ich jetzt aus meiner Erinnerung heraus ausschließen.

Stephan Gatter (SPD): Ich verstehe Sie dann richtig, dass im Grunde genommen eine Entscheidung getroffen worden ist, an der Sie nicht mehr beteiligt waren? Denn beim Gespräch davor sind Sie ja als Gesprächspartner beteiligt gewesen.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Verstehen Sie, weil das da so aufgeführt ist, werde ich jetzt in diesem Moment misstrauisch. Dieser eine Vermerk gibt ja wieder, dass ich auch mit Frau Delpino da war.

Ich hatte aber in meiner Bemerkung, sehe ich jetzt, vergessen, dass nicht Herr Henrich, sondern Herr Arnold Herrn Irmer begleitet hat. Da war anscheinend meine Erinnerung an der Stelle falsch.

Stephan Gatter (SPD): Ich kenne diese Ministeriumsabläufe nicht. Können Sie mir vielleicht erklären, warum ein Vermerk über ein Gespräch vom 06.01.06 handschriftlich weit über ein halbes Jahr später da draufgesetzt wird? Ist das normal?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich darf es einmal so ausdrücken: Wenn ich für bestimmte Probleme neben einer Hauptakte eine Handakte für mich führe, die ich einfach brauche, weil es weitere Gespräche gibt, um immer eine gewisse Chronologie zu haben, schreibt man sich auf einer Kopie schon so etwas auf, um nicht mit einem riesigen Aktenkonvolut in das nächste Gespräch zu gehen, sondern – ich sage es einmal vorsichtig – mit zwei DIN-A4-Seiten in der Lage zu sein, ein Gespräch wei-

terzuführen. Deshalb würde ich das, wenn es auf einer parallelen Handakte ist, für absolut normal halten.

Ich weiß aber nicht, woraus diese Kopie, die die Seitenzahlen 175 und 176 trägt, ist.

Stephan Gatter (SPD): Das kann ich Ihnen leider auch nicht sagen. Woraus ist das?
(Zuruf von Referent Peter Knitsch [GRÜNEN-Fraktion])

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Weitere Fragen, Herr Gatter?

Stephan Gatter (SPD): Nein, darüber muss ich erst einmal nachdenken.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Darf ich noch etwas sagen?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Bitte, Herr Dr. Friedrich.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich sehe gerade etwas, was Ihnen vielleicht hilft. Schauen Sie mal, das ist ja ein Fax. Oben steht: 27. Juni 2006. Dann würde ich das so interpretieren, dass man noch einmal das alte Schreiben handschriftlich verlängert hat, um mit Nachdruck dem Faxadressaten, an den man es faxt, deutlich zu machen: So sehen wir das jetzt.

Dann bringe ich Ihnen das zurück. Vielen Dank, dass ich hineinschauen durfte.

(Der Zeuge bringt den Aktenordner zurück zum Vorsitzenden.)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Haben Sie im Augenblick noch Fragen an Herrn Dr. Friedrich? Gibt es im Augenblick Fragen seitens der CDU- oder FDP-Fraktion an Herrn Dr. Friedrich? – Dann ist Frau Watermann-Krass jetzt dran.

Annette Watermann-Krass (SPD): Danke. Weil ich die ganze Zeit über nicht anwesend war, weiß ich nicht, ob die Fragen schon gestellt worden sind.

Zunächst einmal möchte ich die Frage stellen: Haben Sie eine Erklärung dafür, dass Frau Delpino Sie in der Form belastet hat?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Frau Watermann-Krass, das ist eine Wertungsfrage.

(Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Dürfen wir uns zurückziehen? –
RA Oliver Doelfs: Warten Sie erst einmal ab!)

Sie müssten die Frage ein bisschen anders formulieren. Sie können danach fragen: Haben Sie Anhaltspunkte? Welche Umstände lagen zugrunde? So kann man Fragen einleiten.

Annette Watermann-Krass (SPD): Lagen aus Ihrer Sicht Gründe dafür vor, dass Frau Delpino Sie belastet hat?

RA Oliver Doelfs: Wir würden uns darüber gerne eben kurz beraten. Wir gehen hinaus, auch wenn Herr Ellerbrock nicht da ist und mithört.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Besprechen Sie sich in aller Ruhe und kommen gleich wieder herein. Wir unterbrechen kurz.

(Kurze Unterbrechung)

Wir setzen unsere Sitzung fort. – Herr Rechtsanwalt Doelfs, bitte schön.

RA Oliver Doelfs: Wie Sie vielleicht gemerkt haben, ist uns die Entscheidung, etwas zu dieser Frage zu sagen, nicht so leicht gefallen wie bei anderen Fragen, die gestellt worden sind. Wir halten es allerdings für äußerst inkonsequent, auf diese Frage zu antworten, denn auch diese Frage betrifft die Tätigkeit des Herrn Dr. Friedrich im MUNLV.

Wir haben bisher die Linie verfolgt, dass wir uns dazu vor dem Untersuchungsausschuss nicht äußern wollen, da das alles Gegenstand des Ermittlungsverfahrens ist. Frau Delpino hat in diesem Ermittlungsverfahren sehr häufig Aussagen gemacht. Deshalb wollen wir uns zu diesem Komplex nicht äußern, sondern berufen uns auf das Auskunftsverweigerungsrecht – mit der Bitte um Verständnis.

Annette Watermann-Krass (SPD): Ich habe noch eine Frage; es kann sein, dass sie in dasselbe Ressort fällt. Gab es – außer Ihnen – im Ministerium eine Fachkompetenz zur Beurteilung, in welcher Form mit der Abwasserabgabe umzugehen ist?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Nach der Zuständigkeitsverteilung in der Abteilung waren das Wasserrechtsreferat und dort insbesondere in den letzten Jahren Frau Dr. Sibylle Pawlowski dafür zuständig. Sie ist eine ausgewiesene, erfahrene Wasserrechtlerin.

Annette Watermann-Krass (SPD): Haben Sie Erkenntnisse darüber, ob in dem Verfahren die Fachkompetenz des MUNLV in der Sache genutzt worden ist?

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Wie meinen Sie das? Wozu?

Annette Watermann-Krass (SPD): Zu der Ausgabe aus dem Bereich der Abwasserabgabe.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Die Abwasserabgabe ist in zwei großen Töpfen vollzogen worden. Auf der einen Seite – das macht etwa 85 % der ganzen Einnahmen im Jahr aus – ist es das, was in der jeweiligen aktuellen Richtlinie – spricht: Er-

tüchtigung von Kläranlagen, Kleinkläranlagen, Regenrückhaltebecken etc. – verausgabt wird. Dazu hat es immer ordentlich einen Bestellsvertrag mit der landeseigenen Bank gegeben, wo sogenannte große Pakete aufgelegt wurden, die nach dem Windhundprinzip von den Kommunen bzw. von Antragstellern aufgezehrt worden sind.

Hinsichtlich der Beurteilung, ob Forschungsvorhaben gefördert werden, ist das in dem technischen Referat, im Abwasserreferat – damals, als ich noch im Ministerium war, hatte das die Ziffer IV-9 – vollzogen worden. Wenn die Damen und Herren in dem abwassertechnischen Referat Fragen hatten, haben sie die natürlich mit dem Wasserrechtsreferat erörtert (akustisch unverständlich) etc.

Das heißt also, bei Dingen, von denen sie meinten, dass sie unstrittig sind, haben sie den größten Teil schon mal allein vorbereitet. Wenn die reinen Diplom-Ingenieure im Bereich der Abwassertechnik der Auffassung waren, sie sollten das mit Juristen diskutieren, haben sie das mit dem Wasserrechtsreferat getan.

Annette Watermann-Krass (SPD): Dann haben Sie geschildert, wie schwierig Ihre Situation ist. Mich interessiert, ob Sie die Absicht haben, Entschädigungsansprüche nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen zu stellen. Haben Sie eine Vorstellung davon, wie hoch der entstandene Schaden ist?

(Karl Kress [CDU]: Das ist wirklich unzulässig!)

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Ich schätze, dass Frau Watermann-Krass die Frage darauf bezieht, ob sich Herr Dr. Friedrich im Untersuchungszeitraum Gedanken gemacht hat, Schadensersatzansprüche zu stellen.

(Zustimmung von der SPD)

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Ich möchte darauf antworten. Sie treffen hiermit zwei Seelen in meiner Brust. Das eine sind das starke Streben nach Gerechtigkeit und die verbliebenen Empfindungen, dass es doch noch Rudimente eines Rechtsstaates gibt.

In der rationalen Beratung durch mehrere Strafverteidiger – ich darf das salopp zusammenfassen, denn ich bin kein Jurist – wurde mir das so vorgetragen: Herr Friedrich, wir müssen schon lange in Deutschland suchen, um einen Fall zu finden, in dem ein Richter einen Staatsanwalt verurteilt.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Ist die Frage damit beantwortet?

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Gibt es weitere Fragen an Herrn Dr. Friedrich? – Ich stelle fest: Das ist hier und heute nicht der Fall.

Dann war es das für Sie heute, Herr Dr. Friedrich. Ihre Aussage wurde protokolliert. Sie erhalten in den nächsten Tagen einen Vorabausdruck Ihrer protokollierten Aus-

sage. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Aussage falsch protokolliert worden ist, können Sie uns das innerhalb von 14 Tagen mitteilen. Wir würden sodann überprüfen, ob das Protokoll einer Änderung bedarf oder nicht.

Ich darf Sie jedoch bitten, dritten Personen mit Ausnahme Ihres Rechtsbeistandes dieses Protokoll nicht zugänglich zu machen.

Nach Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss sodann darüber entscheiden, ob Ihre Vernehmung heute hier endgültig beendet ist oder gegebenenfalls noch einer Fortsetzung bedarf. Wenn wir Sie noch einmal brauchen sollten, würden wir Ihnen allerdings rechtzeitig eine Mitteilung zukommen lassen.

Noch einmal mein herzlicher Dank. Sie hatten gewisse Mühen, hier in drei Etappen zu uns zu kommen. Dafür, wie gesagt, herzlichen Dank Ihnen beiden. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Zeuge Dr. Harald Hans Friedrich: Danke schön, ebenso.

Vorsitzender Thomas Kutschaty: Damit schließen wir den öffentlichen Teil unserer heutigen Sitzung. Ich frage einmal kurz in die Fraktionen: Gibt es den Wunsch, eine nichtöffentliche Sitzung anzuschließen? – Nein. Dann sehen wir uns morgen um 10 Uhr wieder. – Herzlichen Dank. Auf Wiedersehen!